



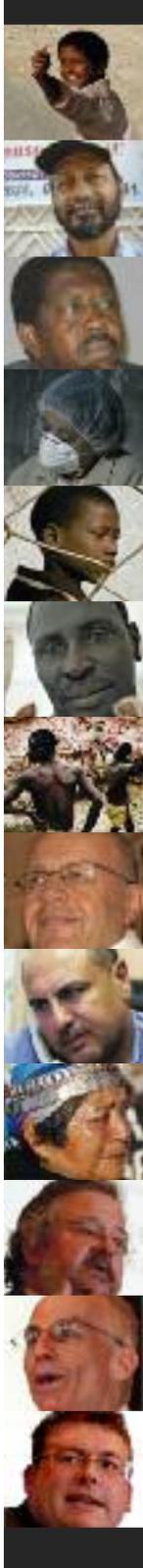
medico international

rundschreiben

03 | 10

www.medico.de





Inhalt

- 03 Editorial
- 04 Kommentar | Inseln der Vernunft
- 06 Pakistan | Der kleine Unterschied
- 09 Pakistan | Nach der Flut: Dr. Tanveer Ahmed im Interview
- 12 Haiti | Einen Termin am Tag
- 14 Guatemala | Eine archivierte Tragödie
- 17 Migration | Karl Kopp: Liebesgrüße nach Tripolis
- 20 Migration | Europas hässliches Gesicht
- 22 Abdourahman A. Waberi | In den Vereinigten Staaten von Afrika (Auszug)
- 24 Sierra Leone | Afrikas Böden als Beute
- 27 Kurdistan | Das Recht der Anderen
- 30 Projekte – Projektionen | Palästina, Chile

Dokumentation der internationalen Konferenz GLOBAL • GERECHT • GESUND:

- 32 Gesundheit | Ein Schritt zur globalen Gesundheitsbewegung
- 34 Dr. Armando de Negri | Gleichheit und Menschenrechte
- 36 Prof. Dr. Lawrence Gostin | Es geht um Recht, nicht um Barmherzigkeit
- 38 Knut Lambertin | Ressourcen anders verteilen

-
- 40 medico Materialliste
 - 42 Service/Impressum

Titelbild:
Rückkehr nach dem großen Wasser.
Ein Flutopfer trägt sein Bett zurück in
sein Heimatdorf in der pakistanischen
Provinz Sindh. Hier arbeitet auch der
medico-Partner HANDS. Foto: Reuters

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, kurz Frontex genannt, verschleiert mit diesem Namen ihre eigentliche Aufgabe: Nämlich als europäische Institution systematisch und mit Mitteln, die die Menschenrechte eindeutig verletzen, die Zuwanderung aus ärmeren Ländern nach Europa zu verhindern. Unser Gastautor Karl Kopp, Mitarbeiter bei der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl, schreibt in seinem Beitrag zu unserem Schwerpunkt „Migration“, dass die Ausgaben für Frontex in den letzten 5 Jahren von 6 Millionen auf 83 Millionen Euro gestiegen sind. Es gibt also Geld. Nur wofür wird es verwandt? Zur Absicherung der bestehenden Ungleichheit. Ärger noch, wenn man den Text über Sierra Leone liest: Zur Absicherung einer rücksichtslosen Ausbeutung vorhandener Ressourcen. Nun handelt es sich nicht mehr um Diamanten, nun wird der Boden, das Land selbst zum Spekulations- und Ausbeutungsobjekt, unter anderem zum großflächigen Anbau von Zuckerrohr als Erdölersatz für Europa. Die Kosten der daraus folgenden Landflucht will Europa nicht übernehmen. Dafür gibt es Frontex. 5 Jahre nach dem Aufstand der Flüchtlinge in Ceuta und Melilla fehlen die Bilder, die uns diesen europäischen Raubbau vergegenwärtigen.

Wie kann man die Folgen der Ausgrenzung sichtbar machen? Das war ein Thema der maßgeblich von medico organisierten Konferenz „global – gerecht – gesund“, die in der dritten Septemberwoche in Berlin stattfand. Dass jährlich ein Drittel der Todesfälle auf Armut und armutsbedingte Krankheiten zurückgeht, sei die größte Menschenrechtsverletzung in der Geschichte der Menschheit, hieß es dort. Denn noch nie war der Reichtum so groß wie heute und damit das Potenzial, vorhandene Armut tatsächlich zu beseitigen. Ausführlich berichten wir von der Konferenz in diesem Rundschreiben. In unserer hausinternen Nachlese haben wir sie verglichen mit der Konferenz „Macht und Ohnmacht der Hilfe“, die 2003 medicos kritisches und selbstkritisches Verständnis von Hilfe wesentlich begründete. Daraus entstand der Leitsatz: Hilfe kritisieren, verteidigen und überwinden. Hilfe zum Überwinden der strukturellen Ursachen von Armut und Krankheit – das war genau das Thema der Konferenz in Berlin. Das kann nur auf globaler Ebene gelingen. Ein schwer vorstellbarer politischer Raum für medico und die vielen anderen Gesundheitsinitiativen, die weltweit existieren. Die Konferenz in Berlin hat diesen Raum anschaulich gemacht und das Handeln darin für möglich gehalten. Manche Redner erinnerten sich in diesem Zusammenhang an den Erfolg der Kampagne zur Ächtung der Landminen, die international agierende Zivilgesellschaft und Politik zu einem Ergebnis führen konnte. Eine globale Bewegung für das Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit zu stärken und zu positionieren – das haben wir in Berlin unternommen. Ganz sicher werden wir über diese Bemühungen noch häufig berichten. Denn diese können ohne Sie nicht gelingen.

Herzlichst Ihre



Inseln der Vernunft

Aufbegehren gegen die den Menschen zugedachte Not

Von Thomas Gebauer

In seinem Gedicht „Das Nachtlager“ erzählt Bertolt Brecht von einem New Yorker Bürger, der allabendlich Obdachlosen Unterkunft gewährt: „Das Zeitalter der Ausbeutung wird nicht verkürzt“, schreibt Brecht: „Aber einige haben ein Nachtlager, finden für eine Nacht Schutz vor Wind und Kälte. Der Ihnen zugedachte Schnee fällt auf die Straße, aber die Welt wird nicht anders.“

Keine Frage: wer Menschen in Not beizustehen vermag, sollte es tun. Dennoch entpuppt sich solche Hilfe bei näherer Betrachtung als zweischneidig. Solange sie nur das ärgste Elend abfedert, trägt sie unter der Hand zur Stabilisierung jener Verhältnisse bei, die Not und Elend immer wieder aufs Neue produzieren. Hilfe kann solche Verhältnisse aber auch herausfordern: dann nämlich, wenn sie das Unrecht, das in der Not zum Ausdruck kommt, selbst zum Thema macht. Wenn sie es nicht beim Beklagen von „Wind und Kälte“ belässt, sondern den Skandal benennt, dass „Schnee“ Menschen „zugedacht“ ist.

Katastrophen sind immer auch von Menschen gemacht – und in diesem Sinne auch Menschen zugedacht. Naturgewalten, wie sie in diesem Jahr Haiti erschüttert und Pakistan überflutet haben, können sich nur deshalb so dramatisch auswirken, weil sie auf Leute treffen, die ihnen hilf- und schutzlos ausgeliefert sind: auf Slumbewohner, die in baufälligen Häusern zu leben gezwungen sind, auf mittellose Kleinbauern, die von der Hand in den Mund leben, auf Leute, denen Frühwarnsysteme ebenso vorenthalten werden wie ein funktionierender öffentlicher Katastrophenschutz.

Das Versagen der pakistanischen Behörden in der Bewältigung der Flutkatastrophe hat Fragen aufgeworfen. Wie kann es sein, dass ein militärisch hochgerüstetes Land, eine der wenigen Atommächte der Welt, nicht imstande ist, die eigene Bevölkerung besser zu schützen? Sind mit Blick auf die diskreditierte pakistanische Regierung, die von einer nur auf den eigenen Vorteil bedachten Elite abhängt, Hilfen von außen überhaupt sinnvoll? Spielen sie nicht am Ende sogar in die Hände religiöser Fundamentalisten?

Die Gefahr einer „Talibanisierung“ Pakistans ist groß, größer noch als in Afghanistan. Sie ist umso wahrscheinlicher, je mehr – wie in den zuletzt eskalierenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – jene Sphäre zerrieben wird, die für eine säkulare, an den Menschenrechten orientierte Alternative steht: die pakistanische Zivilgesellschaft.

Und die gibt es noch immer! Wer sich den Blick für die Wirklichkeit des Landes nicht verstellen lässt, kann inmitten von sozialer Fragmentierung und eines wachsenden Chaos auch ein lebendiges und weit gefächertes öffentliches Engagement entdecken. Streiks für höhere Löhne, Proteste gegen soziale Missstände sind keine Seltenheit – und mitunter höchst erfolg-



reich. 2008 sorgte eine vor allem von Anwälten getragene Protestbewegung für den Sturz von Präsident Musharraf. Es gibt Frauenrechtsgruppen, pharmakritische Ärzteorganisationen und soziale Basisprojekte, die – wie der medico-Partner HANDS – nur zu genau wissen, dass Gesundheitsförderung auch den Kampf um soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe meint. Bis Anfang des Jahres, bis die Finanzkrise auch in Pakistan durchschlug, fand in Karachi all-

jährlich ein vielbeachtetes Filmfestival statt. Über 300 Tageszeitungen sorgen für ein relativ hohes Maß an Pressefreiheit – und geraten dabei leider allzu häufig in Konflikt mit den Machthabern und Extremisten. Über 100 Journalisten sind in den letzten Jahren ermordet aufgefunden worden.

Und darum geht es in der Bewältigung der Folgen der Flut in Pakistan eben auch: um die Solidarität mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die inmitten einer um sich greifenden Irrationalität mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, „Inseln der Vernunft“ zu behaupten. Ziel ist ein unmittelbarer Beistand für notleidende Menschen, der zugleich auch den Wirkungsradius von Organisationen fördert, die für das eintreten, was sich die Mehrheit der Pakistanis noch immer ersehnt: die Teilhabe an einer solidarischen Moderne. Es geht um Hilfen, die weder die Unfähigkeit der Regierung verschleiern, noch von religiösen Eiferern in Dienst genommen werden, sondern die Rechte der Menschen ernst nehmen. Und darin liegt auch in Pakistan die Chance auf Veränderung.

Viele der zivilgesellschaftlichen Organisationen Pakistans haben sich längst über die Landesgrenzen hinaus vernetzt. Bemerkenswert ist dabei, dass sie auch mit Partnern in Indien zusammenarbeiten, einem Land, mit dem sich das pakistanische Establishment eine fast schon obsessive Dauerfehde leistet – nicht zuletzt mit dem Ziel, von der sozialen Misere im eigenen Land abzulenken. Bald ein Fünftel der Bevölkerung lebt in absoluter Armut, Millionen von Kindern überleben nur, weil sie schon in frühen Jahren schwere körperlich Arbeit leisten.

Es sind solche Zustände, denen globale Netzwerke wie das vor einigen Jahren gegründete „People’s Health Movement“ (PHM) den Kampf angesagt haben. Solche internationalen Zusammenschlüsse sind Ausdruck einer sich heute neu herausbildenden unabhängigen internationalen Öffentlichkeit, die zwar noch im Werden begriffen ist, aber ohne die eine menschengerechte Gestaltung der globalen Verhältnisse nicht gelingen wird. Die PHM-Mitstreiter einen grenzüberschreitende politische Initiativen, etwa bei der Verteidigung des öffentlichen Gutes Gesundheit gegen seine weitere Umwandlung in marktförmige Produkte, und konkrete Hilfsaktionen, wie die in Pakistan oder in Haiti.

Es gibt gute Gründe, mit dem Zustand der Welt unzufrieden zu sein. Aber nicht aus abstrakten Idealen speist sich die Idee einer anderen Welt, sondern aus der konkreten Erfahrung von Leid und dem Aufbegehren gegen das damit verbundene Unrecht. Solange Mitgefühl ein nur „innerliches Gefühl“ bleibt, ist dies zu wenig. Erst wenn Mitgefühl zum Ausgangspunkt für das tatkräftige Eintreten für menschengerechte Verhältnisse wird, läuft es nicht mehr Gefahr, nur jenen Zustand zu stabilisieren, den es eigentlich lindern möchte. ■

pakistan

Der kleine Unterschied

Der medico-Partner HANDS macht seit Jahren Basisgesundheitsarbeit in der Provinz Sindh. Konzeptionell gehört auch Katastrophenschutz und -hilfe dazu.

Wenn sich der freundliche pakistanische Militärarzt im Flutgebiet beklagt, dass sich die Frauen nicht mit ihren wirklichen Gesundheitsproblemen an ihn wenden und wie mühsam es ist, mit einem Dolmetscher zu arbeiten, weil die Armen hier in der Provinz Sindh nicht die offizielle Landessprache Urdu sprechen, dann wird die Bedeutung der lokalen Ärztinnen und Gesundheitspromotorinnen klar. Die medico-Partnerorganisation HANDS (Health and Nutrition Development Society, Entwicklungsgesellschaft für Gesundheit und Ernährung) kann dies in ihren medizinischen Sprechstunden und Gesundheitsberatungen in den Zeltlagern der Flutopfer anbieten. Sie arbeitet seit Jahrzehnten in dieser Region mit lokalen Gesundheitspromotoren.

Wenn man die manchmal chaotischen Szenen bei spontanen Nahrungsmittelverteilungen beobachtet, in denen die Stärksten von ihrer Kraft rücksichtslos Gebrauch machen, und Soldaten mit Knüppeln versuchen für Ordnung zu sorgen, dann wird die Bedeutung von Selbstverwaltung in den HANDS-Flüchtlingslagern verständlich. In den Zeltlagern wählen die dort untergekommenen Familien Vertreter. Die verantwortlichen Betreuer von HANDS haben Ansprechpartner, mit denen sie die geregelte Verteilung der Hilfsgüter für alle Familien entsprechend ihrer Größe und ihres Bedarfs sicherstellen können.

Zu guter Letzt: Wenn man die Menschen mit ihrem wertvollsten Besitz, mit ihren Ziegen, Kühen und Büffeln, gerettet vor den Fluten auf den Deichen sieht, dann versteht man die Kostenposition für Tierfutter und eine grundlegende Veterinärmedizin im Nothilfeantrag von HANDS. In den Aufrufen des Welternährungsprogramms dagegen fehlen solche Posten. Das ist symptomatisch für eine viel zu enge Interpretation von „überlebenswichtiger Hilfe“.

Diese drei Beobachtungen während meiner Reise in die Katastrophenregion um die Städte Sukkur, Kandhkot und Kashmore in der pakistanischen Provinz Sindh mit unserem Projektpartner HANDS illustrieren die oft sperrigen und scheinbar abstrakten Stichworte „Gemeinde-Orientierung, Partizipation und Intersektoralität“. Das sind die Säulen der Primary Health Care (PHC), der Basisgesundheitsfürsorge. Sie bilden die Grundlage der Programme von HANDS und entfalten auch in einer solchen Nothilfesituation ihre Überzeugungskraft.

Gemeinde-Orientierung setzt bei den Realitäten, Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen und ihrer Gemeinwesen an, entwickelt





davon ausgehend gemeinsam mit ihnen Ideen zur Verbesserung der Situation, statt standardisierte Lösungen vorzugeben und zu „implementieren“.

HANDS bietet ein umfangreiches Ausbildungsprogramm für Gemeindehebammen an. Es richtet sich an die traditionellen Hebammen der ländlichen Gebiete. Ziel ist es nicht, die Hebammen durch klinische Geburtshilfe zu ersetzen, sondern im Respekt vor dem Wissen und der Verantwortung des oftmals über Generationen vererbten Berufs ihr Wissen mit den Erkenntnissen der modernen Geburtshilfe zu erweitern und gemeinsam mit ihnen ein funktionierendes Referenzsystem aufzubauen. So eingebunden, bringen sie Frauen bei Geburtskomplikationen rasch und sicher zu qualifizierten Entbindungsstationen.

Durch ein solches langjähriges Programm sind die HANDS-Mitarbeiterinnen mit den Gesundheitsproblemen von Frauen und Kindern in den ländlichen Regionen der Pro-

vinz Sindh aufs Engste vertraut. Bei der medizinischen Betreuung der Flutopfer ist das ein unschätzbare Vorteil auch gegenüber Helfern aus dem eigenen Land, denen als Teil der pakistanischen Mittel- und Oberklasse die Lebenswelten in Sindh nicht weniger fremd sind als einem Reisenden aus Frankfurt.

Partizipation verwirklicht HANDS ebenfalls in langjährigen Programmen zur gesundheitlichen und wirtschaftlichen Stärkung der ländlichen Gemeinden aus, entwickelt Kleinkreditprogramme, die den Armen Zugang zu Existenzgründerkapital verschafft und die ländliche Ernährungssicherung durch angepasste Anbaumethoden verbessert. Mitbestimmung in Gemeinden heißt aber auch, gezielt Frauenbildung und Frauenrechte in den patriarchalen Strukturen zu stärken, so dass tatsächlich alle, nicht nur die männliche Hälfte der Gemeinden und Familien mitbestimmen. Eine solche langjährige Verankerung in vielen Regionen der



Provinz ermöglichte HANDS unmittelbar mit dem Einsetzen der Flutkatastrophe, nicht nur mit einigen Angestellten sondern mit vielen Freiwilligen präsent zu sein. Sie waren bei den Evakuierungen für viele Stunden die einzigen, die handlungsfähig waren. So konnten 85.000 Menschen in den ersten Tagen gerettet werden. Partizipation erweist sich so auch als zentrales Mittel, um gemeinschaftliche Ressourcen zur Bewältigung der schlimmsten Katastrophe zu mobilisieren, die das moderne Pakistan in seiner Geschichte zu bewältigen hat.

Mit der **Intersektoralität**, also der Einbeziehung verschiedener Sektoren, nicht nur des Gesundheitssystems, in die Strategien zur Verbesserung von Gesundheit, tun sich die technischen Gesundheitsplaner häufig am schwersten, weil gerade die dabei notwendige Kooperation mit andern Fachleuten, Interessen und Arbeits- und Denktraditionen besonders mühsam ist. Auch hier hat HANDS schon vor der Katastrophe in seiner Programmarbeit den Grundstein gelegt: Die Gesundheitsprogram-

me, in denen nicht nur die bereits erwähnten Hebammen, sondern auch Gemeindegesundheitsarbeiterinnen ausgebildet werden, sind verbunden mit Bildungsarbeit, landwirtschaftlichen Programmen und der Verbesserung der ländlichen Infrastruktur. Intersektoralität setzt vor allem auch eine hartnäckige diplomatische Haltung zur Einbeziehung aller Beteiligten voraus, die oftmals mühsam und langwierig ist, aber der Dauerhaftigkeit von Veränderungen zugutekommt. Der Erfolg solchen Handelns ließ sich für uns während der Reise in der hohen Wertschätzung von HANDS bei den lokalen politischen und militärischen Verantwortlichen in der Nothilfekoordination erkennen. Die Abstimmung der Hilfsakteure in der Region untereinander, die sich nach kurzer Zeit etabliert hatte, war maßgeblich von HANDS angestoßen worden.

Intersektorales Denken wird dann auch in der eigenen Nothilfearbeit sichtbar, wenn wie beschrieben nicht nur die menschliche, sondern auch die tierische Ernährung ihren Platz im Programm bekommt. Oder die

rasche Wiederaufnahme von Schulunterricht für die Kinder eine nicht weniger wichtige Rolle spielt als die regelmäßigen medizinischen Sprechstunden und die Sicherung von sauberem Wasser und der Latrinenbau.

Entscheidend für eine PHC-Orientierung ist aber darüber hinaus ein Verständnis für die strukturellen Bedingungen und die zugrunde liegenden Ursachen von Krankheit und Not. Auch hier tritt HANDS klar positioniert auf. Die Kollegen von HANDS sehen die menschengemachten Faktoren der Katastrophe: Angefangen bei den Abholzungen in den Bergregionen im Norden des Landes, die die Wassermassen des Monsunregens immer weniger zurückhalten können bis zum vernachlässigten

Deichschutz in der eigenen Provinz. Von Inkompetenz, fehlenden Ressourcen bis zu mangelndem Einsatz lokaler und regionaler Behörden und Politiker reichen die zahlreichen „hausgemachten“ Faktoren, die dem heftigsten Monsun der bekannten Geschichte zusätzliche Gewalt verliehen.

Genauso deutlich äußert HANDS aber auch Kritik an einer internationalen westlichen „Gebergemeinschaft“, die die Hilfe im Katastrophenfall nun als humanitäres Bollwerk gegen die Taliban instrumentalisieren will, wie sie schon 30 Jahre zuvor Pakistan zum strategischen Anker gegen die Sowjetunion im „Großen Spiel“ um Afghanistan machte. ■

Andreas Wulf

pakistan

Nach der Flut

Der Direktor des medico-Partners HANDS, Dr. Tanveer Ahmed, zu den langfristigen Folgen der Katastrophe

medico: Hätte die Katastrophe, die der Flut folgte, vermieden werden können?

Dr. Tanveer Ahmed: Ich glaube nicht, dass die Katastrophe komplett hätte vermieden werden können. Aber man hätte das Ausmaß reduzieren können. Es waren die heftigsten Regenfälle seitdem die Wassermengen aufgezeichnet werden. Zugleich befinden sich unsere Bewässerungssysteme und der Hochwasserschutz in sehr schlechtem Zustand. Wir haben zu wenig Dämme und Stauanlagen, die Wasser speichern können. Ein besserer Hochwasserschutz hätte hier womöglich 50 % der Zerstörung verhindert.

Was für ein Land wird Pakistan nach dieser Katastrophe sein?

Es ist wirklich ein sehr tragisches Unglück. Betroffen sind Millionen von Menschen. Ein Terrain von ca. 2.000 Kilometer Länge entlang des Indus ist überflutet. Dazu gehören die Provinzen Sindh und Punjab. Das sind die fruchtbarsten Regionen des Landes. Nun aber ist der Boden wegen der Flut vorerst nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar. Und auch in Zukunft wird die Ernte – vor allen Dingen Reis – aus diesem Gebiet eher mager ausfallen. Wir gehen davon aus, dass die Armut in Pakistan um ein Drittel zunehmen

wird. Mit den steigenden Nahrungsmittelpreisen wird auch die Unterernährung zunehmen. Sich ausbreitende Krankheiten werden zu höherer Sterblichkeit bei Kindern und Frauen führen. Betroffen sind das Gesundheits- und Bildungssystem, viele Einrichtungen wurden zerstört. Wir erwarten einen Anstieg der Analphabetenrate. Zu befürchten ist, dass Bildungsangebote und die Alphabetisierung der Armen ausgesetzt werden. Die Absicherung des Gesundheitssystems ist nicht mehr gewährleistet, das wiederum lässt die allgemeine Sterblichkeitsrate ansteigen. Hinzu kommen die massiven Verluste im Viehbestand, der eigentlich eine wichtige Lebensgrundlage der Menschen darstellt. Schätzungsweise 50% der Tiere sind verendet oder werden nicht überleben, weil ihre Besitzer unter die Armutsgrenze fallen werden. Die Armut wird tatsächlich sehr stark ansteigen und damit auch Ausbeutung, politische und häusliche Gewalt gegenüber Frauen. Es ist auch zu erwarten, dass die Kriminalität ansteigen wird.

Könnten Islamisten die Katastrophe ausnutzen, um ihren Einfluss zu vergrößern?

Nicht nur Fundamentalisten, sondern auch Kriminelle nutzen die Situation aus. Diese Gruppierungen profitieren immer von fehlender Bildung, Armut und Krankheiten. Da wir hier mit all diesen Missständen konfrontiert sind, können wir davon ausgehen, dass auch Fundamentalisten versuchen werden ihre Chance zu nutzen. Insbesondere bei jungen Menschen. Unsere Jugend hat wenig Perspektiven, kaum Möglichkeiten ihre Produktivität zu entfalten. Daher müssen wir unsere Jugend unterstützen, sie aus der Armut führen, ihr eine Perspektive geben.

Immer wieder kommt es zu Protesten der Flüchtlinge. Hat die Regierung versagt?

Auch die Regierungskapazitäten sind mit die-



sem Ausmaß überfordert. Aber das Hauptproblem ist die Korruption. Die Regierung erhält sehr wenig finanzielle Unterstützung aus dem Ausland, weil befürchtet wird, das Geld könne in falschen Kanälen landen.

Sind Sie in ihrer Arbeit mit Korruption konfrontiert?

Bisher nicht. Wir erhalten zwar keine finanzielle Unterstützung durch die Regierung, aber die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Wir bekommen alles, was wir zur Versorgung der Flüchtlinge brauchen, nur kein Geld. Die Regierung hat immer noch die beste Infrastruktur, sie ist die wichtigste Institution im Lande. Ihre Aufgabe wäre es eigentlich, die Aktivitäten zu leiten, zu koordinieren. Aber das tut sie nicht.

Wie beurteilen sie die Arbeit der großen internationalen Hilfsorganisationen, der UNO?

Die internationalen Organisationen werden ihren Aufgaben nicht gerecht. Sie entfalten

aus meiner Sicht nicht die umfangreichen Aktivitäten, zu denen sie beim Tsunami oder dem Erdbeben in Haiti in der Lage waren. Dafür mag es viele Gründe geben. Einer davon ist sicher, dass es sehr lange dauerte, bis finanzielle Zusagen der internationalen Geber in entsprechender Höhe zustande kamen. Ich halte das für fatal, da wir mit einer Katastrophe von enormen Ausmaßen konfrontiert sind und enorme Anstrengungen erbracht werden müssen. Das bringt die Demokratie in unserem Land in Gefahr, eben weil Fundamentalisten die Situation ausnutzen.

Nun überbieten sich die Hilfsangebote: Indien und die USA wollen Mittel bereitstellen. Damit verbunden sind auch politische Interessen. Wird humanitäre Hilfe zum Instrument von Geopolitik?

Es ist unglücklicherweise so, dass viele Akteure nicht den humanitären Aspekt, sondern ihre geopolitischen Interessen in den Vordergrund stellen. Wenn man Hilfe so plant, läuft alles falsch. Ich appelliere an alle Geber und an alle Länder: Bitte planen Sie ihre Hilfsaktionen auf der Grundlage reiner humanitärer Notwendigkeiten und entscheiden Sie Ihre Strategien nicht nach geopolitischen Gesichtspunkten. Ihre Unterstützung sollte auf dem Mitgefühl mit dem pakistanischen Volk aufgebaut werden und nicht auf politischen Interessen.

Wie sieht Ihre langfristige Vision für Pakistan aus?

Ich sehe ein wohlhabendes, gesundes Pakistan. Pakistanische Kinder und Jugendliche haben das gleiche Recht auf Gesundheit und Bildung wie die Kinder und Jugendlichen in anderen Ländern. Ich bin durchaus optimistisch. In den letzten Jahren hat es viele Verbesserungen gegeben. Unsere Medien haben große Unabhängigkeit erreicht, ein Zeichen, das Optimismus wecken kann. Unsere

Demokratie ist nicht perfekt, aber einige Schritte der gegenwärtigen Regierung stärken die Demokratie und werden langsam, Schritt für Schritt, zu mehr Wohlstand und mehr Demokratie führen.

Was sind die größten Hindernisse auf diesem Weg?

Das größte Problem ist die geostrategische Lage Pakistans, weshalb sich viele Mächte in Pakistan einmischen. Pakistan ist internationales Kriegsgebiet. Das ist ein riesiges Problem.

Was ist die Rolle von HANDS in einem Prozess der Veränderung in Pakistan?

Wir setzten uns für ein wohlhabenderes und gesünderes Pakistan ein. Das ist eine langsame Revolution. Es leben fast 150 Millionen Menschen in Pakistan, sie wollen Wohlstand und das Recht auf Gesundheit, sie sind bereit, sich für eine positive Entwicklung einzusetzen, das wird eine Veränderung bringen. ■

Das Interview führte Bernd Eichner

Projektstichwort:

Nach Beginn der Flut in Pakistan erhielten wir durch unsere Kollegen von HANDS, mit denen wir im People's Health Movement seit Jahren kooperieren, die Bitte um Unterstützung. Seither unterstützt medico neun große Zeltlager für Flutopfer in zwei Regionen der Provinz Sindh, in denen etwa 6.000 Menschen leben. Zum Projekt gehört die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln, sanitären Einrichtungen, aber auch Gesundheitsangebote für Menschen und Tiere, Schulunterricht für die Kinder und eine Rückkehrhilfe, wenn die Fluten zurückgegangen sind. Eine weitere Kooperation in der Wiederaufbauphase ist bereits vereinbart. Das Stichwort dafür lautet: **Pakistan.**

Einen Termin am Tag

Der Alltag in der Hauptstadt ist unberechenbar/ Ein Gespräch mit dem medico-Büroleiter Hugues Monice



Hugues Monice. Foto medico

Die Telefonverbindung nach Haiti funktioniert. Das zumindest ist schon mal eine gute Nachricht. Die drahtlosen Handynetze werden durch ein Erdbeben nicht beschädigt, die hässlichen Mobiltürmchen sind schnell wieder aufgestellt. Und so gelingt auch die drahtlose Kommunikation mit dem medico-Büroleiter in Haiti, Hugues Monice, erstaunlich einfach. Hugues befindet sich seit Mai in Haiti und koordiniert für medico die Förderung und Begleitung der lokalen Partner. Ich spreche mit Hugues – im medico-Büro auch gern Hugo genannt – über seine ersten Erfahrungen: „Der Anfang war verständlicherweise sehr chaotisch. In Port-au-Prince ist jedes dritte Haus zerstört. Die Menschen räumen den Schutt auf die Straße, um auf ihren Grundstücken zu leben, deshalb haben wir überall Staus. Mehr als einen Auswärts-Termin am Tag kann ich schon wegen der Staus nicht bewältigen.“ Trotzdem ist er zufrieden. Denn neben der Kontaktierung von Projektpartnern ist es ihm gelungen ein Büro zu finden, ein Auto anzumelden, eine Arbeitsgenehmigung für medico zu erwirken. Das klingt lapidar, aber ohne diese Infrastruktur wäre die komplexe Arbeit in Haiti nicht zu bewältigen.

Hugues Monice ist von Haus aus Jurist und kam vor 19 Jahren nach Deutschland, zum Studieren. Er ist in Deutschland, wie es so schön heißt, „hängen geblieben“. Und auch seine Geschwister haben mit der Zeit die Hei-

mat Haiti verlassen. Nicht immer freiwillig – politische oder ökonomische Zwänge sind meist der Grund. Das ist das Schicksal der haitianischen Diaspora. Hugues gehörte als junger Mann zu den Menschen, die in Petit Goave den Widerstand gegen den Duvalier-Clan organisierten. Dass Haiti immer wieder ein gefährliches politisches Pflaster sein kann, weiß Hugues aus eigenem Erleben.

Heimkehr nach Haiti

Nun also zurück in Haiti, was bedeutet das für ihn? „Ich habe mir das reiflich überlegt. Ich bin auch in der Vergangenheit immer wieder nach Haiti gefahren und habe mit meinen Brüdern kleinere Projekte unterstützt, um meiner Heimat etwas zurückzugeben. Das Erdbeben und seine Folgen waren nun für mich der Anlass, meine Erfahrungen insbesondere im Aufbau von Gemeindeentwicklungsprogrammen in Haiti einzubringen.“ Hugues Monice hat für den Deutschen Entwicklungsdienst in Benin bereits erfolgreich ein Programm zur Erstellung eines kommunalen Entwicklungsplanes umgesetzt, bei dem es insbesondere darum ging die Bewohnerinnen und Bewohner bereits in die Erstellung des Planes systematisch einzubeziehen. Eine Gewähr dafür, dass bei der Realisierung des Planes die Bevölkerung auch in der Lage ist die Umsetzung zu kontrollieren.

Diese urdemokratischen Ideen, den (Wieder-)Aufbau von Regierungs- und Verwaltungsstrukturen in einer Gesellschaft von unten neu zu beginnen, deren Staatlichkeit durch ökonomische Ausblutung und ein schwieriges historisch-politisches Erbe extrem beschädigt ist, stößt in Haiti mit seinen basisdemokratischen Traditionen auf große Gegenliebe. So berichtet Hugues Monice, dass er gerade mit der Sozialwissenschaftlerin Suzy Castor vom wissenschaftlichen Institut „CRESFED“ gesprochen habe, mit denen ein solches Projekt zur Erstellung eines kommunalen Entwicklungsplanes in der Gemeinde Aquin erarbeitet wird. „Es ist so viel von Koordination die Rede, aber wenn ich zu allen Koordinierungssitzungen gehen würde, dann wäre ich den ganzen Tag nur damit beschäftigt“, so Hugues. Wenn die Kommunen und die lokale Bevölkerung dagegen, wie in Aquin angedacht, selbst planen würden, ihre Prioritäten und Interessen definieren und artikulieren würden, dann könnten nationale und internationale Akteure auch besser koordiniert und eingebunden werden.

Der Wiederaufbau in Haiti käme einer Herausforderung gleich, so eine Sprecherin der Weltbank, wie sie Länder nach einem Krieg wie dem 2. Weltkrieg zu bewältigen hatten. Alle Aktivitäten, die über eine Notversorgung hinausgehen, brauchen Zeit. So berichtet auch Hugues, dass die lokalen Partner erst einmal damit beschäftigt sind, Überlebenshilfen zu leisten: eine Brücke wieder zu errichten in einem Stadtteil von Port-au-Prince, damit überhaupt wieder Bewegung möglich ist; der Bau von Latrinen in einer Region mit vielen Flüchtlingen; die Ausweitung der Hühnerzucht zur Absicherung der Ernährung von Flüchtlingen in Leogane; in derselben Stadt der Wiederaufbau eines Büros für eine haitianische Umweltorganisation, die sich mit Wiederaufbau- und Umweltschutzprogrammen beschäftigt. Hugues berichtet, dass er sich derzeit mit über 10 Projekten beschäftigt, die sich in unterschiedli-

chen Planungsphasen befinden. Auf Dauer zeichnen sich folgende Schwerpunkte der medico-Projektunterstützung ab: die Förderung des Süd-Süd-Austausches, wie wir sie bereits mit den guatemaltekischen Dentalpromotoren begonnen haben (siehe dazu rundschieben 2/09); weitere Aktivitäten sind geplant mit Kolleginnen und Kollegen aus Guatemala, der Dominikanischen Republik und Brasilien; die Stärkung und Entwicklung von Basisgesundheitsfürsorge, wie wir sie bereits in Artibonite mit der Gesundheitsorganisation SOE fördern; die Erstellung eines Kommunalentwicklungsplans als Pilotprojekt für Regierungsfähigkeit und Selbstermächtigung an der Basis.

Wir brauchen Zeit

„Was wir in Haiti brauchen ist Zeit“, erläutert Hugues am Telefon. „Noch geht es hier ums Überleben. Wenn aber die Rekonstruktion von Haiti so gelingen soll, dass die Menschen hier menschenwürdig leben und ihr eigenes Schicksal genauso bestimmen können wie das des Landes, dann müssen die Mittel in einem zutiefst demokratischen Prozess entsprechend der Nöte und Bedürfnisse der Menschen eingesetzt werden.“ Er könne nicht mit einem fertigen Plan kommen, sondern müsse mit den Menschen und Organisationen sprechen und Ideen und Projekte gemeinsam entwickeln. Das sei schwer, wenn man ums tagtägliche Überleben kämpfen muss. Es braucht nicht nur Zeit, sondern auch Menschen, die zuhören, verstehen und lernen. Mit Hugues Monice haben wir einen Kollegen vor Ort, der genau das tut. ■

Projektstichwort:

Für die Wiederaufbauarbeit in Haiti werden noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte der Unterstützung nötig sein. Das Spendenstichwort dafür lautet: **Haiti**.

guatemala

Eine archivierte Tragödie

Das guatemalteckische Polizeiarchiv wird gesichtet und digitalisiert, damit die staatlich organisierten Verbrechen im Bürgerkrieg aufgeklärt werden können

In einer fensterlosen Halle in langen Reihen nur durch periodisch aufgestellten Sichtschutz von einander getrennt, sitzen junge Frauen und Männer mit Mundschutz und dünnen durchsichtigen Handschuhen. Vor ihnen liegen vergilbte staubige Aktenkladden mit Eselsohren und einem schwer entzifferbarem Inhalt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter behandeln das Material mit größter Vorsicht. Die hier Beschäftigten verrichten in dieser „Fabrik zur Wiedererlangung des Gedächtnisses“ eine hingebungsvolle Arbeit. Der große emotionale Einsatz ist erklärbar. Denn diese nüchternen verstaubten Akten bergen unschätzbare Informationen über ein grausames Kapitel neuerer guatemalteckischer Geschichte. Nicht zuletzt auch Informationen über das Schicksal von Angehörigen vieler, die hier arbeiten.

Eine Gedächtnisfabrik

Es ist das historische Archiv der Nationalpolizei Guatemalas. 2005 fast zufällig entdeckt, umfasst es 80 Millionen Akten aus über 100 Jahren. Besonders wichtig: auch die Zeit des Bürgerkriegs gehört dazu, der von 1960 bis 1996 dauerte. 200.000 Menschen wurden zum allergrößten Teil von Militär, Polizei und Todeschwadronen ermordet, 45.000 Menschen verschwanden. Nun befindet sich das Archiv in den Händen der Opfer und ihrer Familien. Es steht ihnen und der Justiz offen. Das ist in La-

teinamerika mit seiner Geschichte brutaler Militärdiktaturen einmalig. Für Alberto Fuentes, den Sprecher des Archivs, besteht die Hoffnung, dass „die Verbrechen aus den Bürgerkriegsjahren mit Hilfe des Archivs juristisch aufgearbeitet werden können und damit das bis heute herrschende System der Straflosigkeit aufgebrochen werden kann.“

Für dieses Ziel haben die Kolleginnen und Kollegen des Archivs in rasender Geschwindigkeit 12 Millionen Akten gesäubert, gesichtet und etwa die Hälfte digitalisiert. Die Eile ist angebracht, denn niemand weiß, wie lange sich die Arbeit aufrechterhalten lässt. Guatemala hat mit 18 Morden täglich eine der höchsten Kriminalitätsraten der Region. Und die Verantwortlichen für die Verbrechen von damals sitzen zum großen Teil bis heute an den Schalthebeln der Macht. Deshalb gibt es nicht nur zwei Sicherheitskopien des digitalisierten Materials in Guatemala, sondern auch eine in der Schweiz.

Täterdaten in Opferhand

Seit März 2009 steht das Archiv dem Publikum, insbesondere Angehörigen von Opfern offen. Wenige Monate nach seiner Öffnung waren etwa 100 Angehörige dort, um in den Akten Spuren des Schicksals zu finden. Nur drei mussten unverrichteter Dinge das Archiv wieder verlassen. Auch durch Unterlagen des Ar-



chivs ist es gelungen 50 Verbrechen aus der Zeit des Bürgerkrieges aufzuklären. Das Archiv ermöglicht außerdem Befehlsketten nachzuweisen und damit hoffentlich irgendwann auch die verantwortlichen Schreibtischtäter zur Rechenschaft zu ziehen.

Wie in den Nachkriegsjahren in Deutschland ist auch in Guatemala die Haltung verbreitet, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Die reichen Familien, die das Land schon immer beherrschten, leben in einer Parallelwelt und tun so, als ob es staatliche Gewalt und genozidale Verfolgung der indigenen Bevölkerung nicht gegeben habe. Andere haben nach dem Ende des Bürgerkrieges versucht, ihr Leben neu zu ordnen und nicht zurück zu schauen. Es war eine Zeit der Verharrung, des Stillstands. Die Opfer der Verfolgung führten einen einsamen Kampf um Gerechtigkeit und Aufklärung, organisiert in psychosozialen Projekten, wie sie auch medico international vielfach in Guatemala gefördert hat. Doch Jahre lang tat sich in Politik, Justiz und Gesellschaft so gut wie nichts, um Überlebende und Angehörige finanziell zu entschädigen oder Täter juristisch zu belangen. Im Gegenteil, wer sich vorwagte, die Verbrechen benannte und eine Verfolgung der Taten verlangte, musste mit dem Schlimmsten rechnen. Bischof Juan Ge-

rardi wurde so 1998, wenige Tage nach der Veröffentlichung des ersten umfassenden Berichts über die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Guatemala, ermordet.

Dokumentarfilm La Isla als Kristallisationspunkt

Nun aber gibt es eine junge Generation, die sich für die Ursachen der Gewalt in ihrem Land interessiert. Dies zeigt sich auch an der Aufsehen erregenden Wirkung des Dokumentarfilms „La Isla“. Der Film des deutschen Dokumentarfilmers Ulrich Stelzner erzählt die Geschichte des Polizeiarchivs. Er begleitet Angehörige bei der Suche nach Spuren ihrer Familienmitglieder und lässt auch die Mitarbeiter des Archivs, die selbst Angehörige verloren haben, zu Wort kommen.

Im Frühjahr 2010 wurde der Film im Nationaltheater von Guatemala-Stadt aufgeführt. An drei Tagen saßen jeweils 2.000 Menschen, darunter viele junge Leute, im Publikum. Stundenlange Diskussionen hinterher beschäftigten sich unter anderem mit der Frage, ob die fehlende Aufarbeitung dieser guatemalteki-schen Geschichte auch die Gewaltexzesse im Land heute erklärt. Für den Direktor des Polizeiarchivs liegt das auf der Hand. „Aus dem



Opfer bekommen wieder ein Gesicht.

Staat des Terrors ist ein Staat der Straflosigkeit geworden.“ Nun reist der Film durch Guatemala und löst überall ähnliche Diskussionen aus.

medico-Förderung

Gezeigt wird der Film auch im Rahmen des von medico geförderten Jugendausbildungsprojekts in bäuerlichen Gemeinden im Norden Guatemalas. Im Rahmen des Programmes, das politische Bildung genauso umfasst wie Angebote zur Berufsaus- und Weiterbildung der Jugendlichen, haben sich in den Gemeinden zum Teil 500 Personen den Film angeschaut. Darunter waren Gemeinden, die im Bürgerkrieg auf unterschiedlichen Seiten kämpften. Die Wahrheit dringt so langsam ans Licht. Und eine junge Generation, die nicht direkt in die Ereignisse verwickelt war, ist vielleicht imstande, Lehren aus der Geschichte staatlich organisierter politischer und rassistischer Verfolgung zu ziehen.

Denn die politische Situation in Guatemala gleicht einem Pulverfass. Immer wieder versucht die herrschende Elite skrupellos, Führungspositionen mit Männern zu besetzen, die entweder offenkundig in schwerste Verbrechen der Bürgerkriegszeit oder in mafiöse Strukturen des Drogenhandels verstrickt sind. Die Übergänge zwischen beiden Gewaltstrukturen sind ohnehin fließend. Einer der letzten Skandale im Jahr 2010 war die Ernennung von Conrado Reyes zum Generalstaatsanwalt. Re-

yes habe in der Vergangenheit „mehr Loyalität gegenüber illegalen Organisationen als gegenüber dem Rechtsstaat gezeigt“, erklärte der spanische Jurist Carlos Castresana, bis dato Vorsitzender der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala. Empört über die

Nominierung von Reyes und den fehlenden Willen der guatemalteckischen Politik, Rechtsnormen einzuführen und einzuhalten, legte der Spanier den Führungsposten dieser seit 2007 existierenden Institution nieder.

Es ist ein erbitterter Kampf um die Etablierung von Rechtsstaatlichkeit in Guatemala. Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des Polizeiarchivs kann dabei wenigstens eines leisten: verhindern, dass sich aus der Zeit des Terrors belastete Personen in der Sicherheit wiegen, nie für ihre Taten belangt zu werden. ■

Katja Maurer

Projektstichwort:

Seit fast 30 Jahren unterstützt medico international guatemalteckische Initiativen. Seit dem Ende des Bürgerkrieges fördert medico vielfältige Projekte im psychosozialen Bereich, darunter die psychologische Begleitung von Angehörigen der Massakeropfer. medico beteiligte sich an der Finanzierung der Aufführung des Filmes „La Isla“ in Guatemala. Und plant gemeinsam mit anderen, ein Menschenrechtsfilmfestival in Guatemala zu etablieren, das auch andere lateinamerikanische Aufarbeitungsprozesse reflektieren soll. Neben vielen Projekten im Bereich der Jugend- und Gesundheitsarbeit unterstützt medico die Supervision der Mitarbeiter im Polizeiarchiv, die bei der Sichtung der Akten immer wieder mit der erschütternden Geschichte ihrer eigenen Familie konfrontiert sind. Das Projektstichwort lautet: **Guatemala.**

Liebesgrüße nach Tripolis

Um Europa gegen Migranten zu verteidigen, hat die EU die Grenzagentur Frontex geschaffen. Im fünften Jahr ihres Bestehens stoppt die europäische Grenzschutztruppe nicht mehr nur Bootsflüchtlinge im Atlantik und im Mittelmeer, sie handelt auch im Auftrag ihrer Brüsseler Kommissare direkte Polizei- und Rückführungsabkommen mit berüchtigten Regimes wie Libyen aus.

Von Karl Kopp

Im Mai 2010 feierte die EU-Grenzagentur Frontex ihr fünfjähriges Bestehen. In dieser halben Dekade sind Tausende Bootsflüchtlinge auf dem Weg nach Europa gestorben und über 10.000 zwangsweise in Drittstaaten, wie Libyen, Marokko, Mauretanien, Türkei zurück verfrachtet worden. Frontex hat dieses menschenrechtliche Desaster nicht allein verursacht, jedoch ist diese EU-Agentur Ausdruck der aktuellen Flüchtlingspolitik: Europa versucht bereits weit vor den eigenen Grenzen, Flüchtlinge und Migranten abzufangen und zurückzudrängen. Damit verschwinden die Orte der Menschenrechtsverletzungen und des Sterbens aus unserem Blickfeld. Gelangten im Jahr 2008 etwa 70.000 Bootsflüchtlinge lebend an die europäischen Küsten – so registrierte Frontex bereits 2009 nur noch knapp 45.000 Ankünfte. In den Sommermonaten 2010 war die Anzahl der ankommenden Boote so gering, dass selbst die alljährliche Berichterstattung über Flüchtlingsdramen im Mittelmeer und im Atlantik weitgehend ausfiel.



Routine im Mittelmeer. Überwachungsbild eines maltesischen Frontex-Einsatzes: die Bootsflüchtlinge weigern sich, ihre Fahrt aufzugeben. Foto: Reuters

„Missverständnisse“ auf See

Der Fischer Gaspare Marrone und seine Crew sind berühmt in Italien. Mehrfach haben sie in den letzten Jahren Bootsflüchtlinge gerettet. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen zeichnete sie für ihre Courage aus und sah darin auch einen Beitrag, um zu verhindern, dass Handelsschiffe in Not geratene Flüchtlinge im Mittelmeer einfach ignorieren und



Gemeinsame Ziele

Es gibt nur eine einzige Welt und damit die Gleichheit aller Menschen an jedem Ort. **medico international** und **Pro Asyl** haben ihre menschenrechtliche Kooperation verstetigt. Ein Ergebnis ist die kostenlose Broschüre „Migration und Flüchtlingsschutz in Zeiten der Globalisierung“ (siehe Materialliste S. 41). Darüber hinaus fördert die Stiftung Pro Asyl seit 2009 die Akuthilfe und Rechtsberatung des **medico-Partners in Mali**, der **Association Malienne des Expulsés (AME)**.

weiterfahren – aus Angst wegen Beihilfe zu illegaler Einwanderung bezichtigt zu werden. Bitter nötig in einem Europa, in dem die humanitäre Hilfe, wie im Falle des deutschen Schiffes **Cap Anamur** und zahlreichen anderen Fällen, immer mehr kriminalisiert wird.

Am 12. September 2010 befanden sich **Marrone** und seine Besatzung selbst in Lebensgefahr. Ihr Fischkutter wurde 30 Seemeilen vor der libyschen Küste in internationalen Gewässern beschossen. Die Maschinengewehrsalven feuerte ein libysches Patrouillenboot ab. Es war eines jener sechs Boote, die die italienische Regierung zur Flüchtlingsabwehr geliefert hatte. An Bord befanden sich pikanterweise auch Angehörige der italienischen **Guardia di Finanza**. Die Fischer kamen mit sehr viel Glück unversehrt davon. Italiens Innenminister **Roberto Maroni** sprach kurze Zeit später von einem „Missverständnis“:

„Vielleicht haben sie gedacht, dass es sich um ein Boot mit Flüchtlingen handelte.“ Im Klartext: Der Beschuss von Flüchtlingsbooten gehört zum Selbstverständnis dieser Politik.

Modell für Europa

Die italienische Küstenwache hat allein seit Mai 2009 über 2.000 Bootsflüchtlinge in die „libysche Hölle“, wie eine eritreische Flüchtlingsfrau die Haftlager von **Gaddafis** Regime einmal wörtlich nannte, zurückverwiesen. In den libyschen Auffanglagern kommt es regelmäßig zu Misshandlungen, Vergewaltigungen, Folter und Ermordungen. Italiens Minister **Maroni** lobt dagegen die gemeinsamen Kooperationen mit Libyen und spricht von einem „Modell für Europa“ im Kampf gegen „illegale Einwanderung“.

Italien versenkt aktuell die Menschenrechte im Mittelmeer und die EU-Kommission schweigt. Anstatt die Regierung in Rom zu sanktionieren, verhandelt sie unter Hochdruck mit Tripolis über ein „Kooperations- und Partnerschaftsabkommen“, um die Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsbekämpfung zu intensivieren. Geplant ist beispielsweise ein Grenzkontrollsystem, bestehend aus einer

kombinierten Radar- und Satellitentechnik, das die 400 Kilometer lange libysche Landesgrenze zum Niger und zum Tschad überwachen soll. Seit Jahren hofieren die EU und ihre Mitgliedsstaaten das diktatorische Regime von Muammar al-Gaddafi. Libyen wird nicht nur mit Schiffen, Fahrzeugen, Leichensäcken und Geldern für Abschiebungsflüge und Haftanstalten beliefert; Frontex verhandelt mit dem Regime seit geraumer Zeit auch ein sogenanntes Arbeitsabkommen. Aber auch in der jüngeren Vergangenheit waren die Frontex-Verbände mit deutscher Beteiligung bereits an Zurückweisungen nach Tripolis beteiligt. Mitte Juni 2009 wurden 74 Bootsflüchtlinge, darunter Frauen und Kinder, südlich von Malta auf hoher See von der italienischen Küstenwache aufgebracht und dann einem libyschen Patrouillenboot übergeben. Beteiligt war auch eine deutsche Hubschraubereinheit. Die deutsche Regierung beteuert, die Aktion der italienischen Küstenwache sei keine Maßnahme im Rahmen der Frontex-Seeoperationen vor Malta gewesen. Die deutsche Hubschrauberbesatzung hatte die Informationen über die Ortung eines Flüchtlingsboots „zuständigkeitshalber“ an die maltesischen Kollegen weitergegeben. Diese wiederum gaben die Informationen an die Italiener weiter und die verständigten die „libyschen Kollegen“. Für zurückgeschobene Flüchtlinge ist die Frage, wer alles an diesem arbeitsteiligen Völkerrechtsbruch beteiligt war, unerheblich, sie kämpfen um ihr nacktes Überleben in den libyschen Haftlagern.

Frontex - Kind der Deutschen

Wo Frontex operiert, gibt es per definitionem nur „irreguläre Migration“, die gemeinsam mit „Partnerstaaten“ wie Libyen zu bekämpfen ist – egal welche menschenrechtlichen Standards diese Staaten haben. Frontex agiert in einer rechtlichen Grauzone. Das ist kein Zufall, der frühere sozialdemokratische Bundesinnen-

minister Otto Schily und seine Amtskollegen wollten dies so. Im Mandat der Agentur tauchen Flüchtlings- und Menschenrechtsbelege nicht auf.

Der Haushalt der Grenzagentur steigt rasant: im Jahr 2005 waren es noch 6,2 und vier Jahre später bereits 83 Millionen Euro. Der Löwenanteil wurde bis jetzt für Koordination der Seeoperationen in der Ägäis, im zentralen Mittelmeer und im Atlantik verwandt. Frontex-Einheiten jagen Flüchtlingsboote und bringen sie auf. Besteht ein Abkommen mit den jeweiligen Transitstaaten, operiert die Armada bereits in deren Territorialgewässern, beispielsweise von Mauretanien und Senegal. Im Jargon der Grenztechnokraten heißt dieses häufig Leben gefährdende Vorgehen: die Boote werden „umgeleitet“. Allein im Jahr 2008 wurden knapp 6.000 Bootsflüchtlinge Opfer dieser Seeoperationen. Die regionalen Frontex-Verbände unter Führung Spaniens haben sie wie Stückgut nach Westafrika zurückgeschickt. Wie dieses „Umleiten“ von Schiffen verläuft, welche Menschen davon betroffen sind und was mit ihnen anschließend geschieht, erfährt die Öffentlichkeit nicht.

Dass die Grenzagentur nunmehr Polizeiabkommen mit diktatorischen Regimes abschließen darf, ist ein menschenrechtlicher Skandal. Künftig sollen Frontex-„Projekte“ und der Einsatz von Verbindungsbeamten für „out of area“-Einsätze in den Staaten entlang der Fluchtrouten ermöglicht werden, zur Zeit verhandelt die EU einen Verordnungsvorschlag, der genau diese Erweiterung des Mandats von Frontex vorsieht. Pro Asyl fordert in einer aktuellen Kampagne vom Europaparlament das Ende aller Zahlungen und jeglicher Kooperation mit dem Regime Gaddafis in Fragen der Flüchtlingspolitik. Das Abdrängen und Zurückweisen von Bootsflüchtlingen muss aufhören. ■

Karl Kopp ist Europa-Referent bei der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl.

Europas hässliches Gesicht

Im Herbst des Jahres 2005 stürmten afrikanische Migranten die europäischen Exklaven Ceuta und Melilla in Marokko. medico-Partner in Westafrika erinnern sich.

Ursprünglich wollten sie zumeist die Straße von Gibraltar überqueren, die Meerenge am westlichen Ausgang des Mittelmeers. Hier ist das „Weiße Meer“, wie es im Arabischen genannt wird, nur 14 bis 44 Kilometer breit und bei klarem Wetter ist von der marokkanischen Seite aus die spanische Küstenlinie gut erkennbar. Nachdem die spanische Küstenwache die Meeresstraße blockierte, fassten die Flüchtlinge den Weg weiter östlich über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla ins Auge, jene einzigartige Hinterlassenschaft einer Epoche, in der die Bevölkerungsströme noch umgekehrt, also in Nord-Süd-Richtung, über das westliche Mittelmeer drängten. Die beiden spanischen Städte galten für viele Migranten aus dem subsaharischen Afrika, die sich aufmachten, „das Leben in Europa zu suchen“, als erster Schritt auf „die andere Seite der Welt“, die weniger Gewalt verspricht und so viel reicher ist.

Der Sturm auf die Zäune

Dann kam der Herbst 2005. In mehreren Nächten bis zum 5. Oktober versuchten über 1.000 afrikanische Flüchtlinge mit selbstgefertigten langen Leitern die sechs Meter hohen, mit rasiermesserscharfem Stacheldraht und Videokameras gesicherten Grenzäune zu überklettern. Auf den Überwachungsvideos sieht man Szenen, die einen an Bürgerkrieg erinnern: Leuchtraketen, Schüsse, Menschen, die im

Drahtverhau hängen, oder geschlagen werden. Ein Teilnehmer schilderte seine Erlebnisse später in einem Webportal: „Gegen 2.30 Uhr in der Nacht sind wir am Stacheldraht angekommen. Wir sahen vier Hubschrauber, drei spanische und ein marokkanischer. Sie begannen auf uns zu schießen und Tränengas zu werfen. Ich habe neben mir zwei Körper fallen sehen. Die marokkanische Polizei hat sich uns von hinten genähert und von vorn die Spanier, von denen sich einige auf marokkanischem Territorium befanden. Sie schossen von beiden Seiten auf uns.“ Nach dem Ansturm auf die Zäune wurden Ceuta und Melilla in quasi uneinnehmbare Festungen verwandelt. Europa exportierte seine Außengrenze an den Rand der Sahara und die Migrationsrouten verlagerten sich nach Süden

Alles hat sich geändert

Wie blicken afrikanische Menschenrechtler und Selbsthilfegruppen ehemals Ausgewiesener heute auf diese Ereignisse? Wir fragten unsere medico-Partner in Mali und Mauretanien, die vor Ort Akuthilfe für all jene leisten, die auf dem Weg nach Europa sind oder aus Europa ausgewiesen wurden. Amadou Mbow von der Menschenrechtsvereinigung AMDH aus der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott, erinnert sich an „ein Gefühl des Schocks und des Aufruhrs“, wenn er an die Tragödie an den Zäunen zurückdenkt, die er als eine „klare



jährlich Hunderte von Menschenrechtsverletzungen an Migranten, die aus dem Maghreb abgeschoben wurden. Einen hohen Wert hat für ihn die Aufklärung der Bevölkerung: „Damals haben wir eine Kampagne im ganzen Land durchgeführt. Mit Flugblättern, Plakaten und auch Theateraufführungen informierten wir über die Risiken,

Zäsur“ in der Geschichte der europäischen Flüchtlingsabwehr bezeichnet. Seitdem, so Mbow, stehe auch Mauretanien „im Zentrum der europäischen Migrationspolitik“. Das wirke sich auch auf die alltägliche Arbeit des medico-Partners aus: „Wir sehen das Haftzentrum für Flüchtlinge in Nouadhibou, die aktuellen Rücknahmeabkommen zwischen Mauretanien und Spanien sowie die zunehmende Präsenz der Guardia Civil“.

Patrik Boukar von der Selbsthilfegruppe ARACEM, die in der malischen Hauptstadt Bamako zahlreiche Abgeschobene aus zentralafrikanischen Ländern betreut, war damals selbst unterwegs. „Nachdem wir die grausamen Bilder gesehen haben, waren wir mehr denn je überzeugt, dass Europa uns etwas verwehren will.“ ARACEM gründete sich direkt als Reaktion auf Ceuta und Melilla. „Die Routen in Richtung Europa sind seither verschlossen, die Migranten werden immer wieder auf- und zurückgehalten sowie zunehmend auf sich allein gestellt an Grenzen irgendwo mitten in der Wüste ausgesetzt. Wir nehmen diejenigen in Empfang, die es bis zurück nach Bamako schaffen.“

Ousmane Diarra, der Präsident der Selbstorganisation malischer Abgeschobener (AME) in Bamako, ist überzeugt, dass die europäischen „Überwachungsabkommen“ mit den Maghrebländern „diese Region Afrikas in eine versperrte und rechtlose Zone verwandelt“ haben. Seine Organisation dokumentiert

die mit dem Weg nach Europa verbunden sind.“ Die Zukunft liegt für den Menschenrechtler, der in seinem Brotberuf als Textilhändler auf dem Markt von Bamako arbeitet, in der Zusammenarbeit einer afrikanisch-europäischen Zivilgesellschaft: „Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um gemeinsame Aktionen der Sensibilisierung zu realisieren und den politischen Entscheidungsträgern konkrete Vorschläge machen“. Auch fünf Jahre später habe sich an den Aufbruchsründen der Migranten nichts geändert: „Fehlende Perspektiven, Armut, politische Krisen oder klimatische Probleme.“ Zudem verstehe die Bevölkerung nach wie vor nicht, wieso immer nur der kostspielige Grenzschutz weiter ausgebaut werde. „Warum wird alles dafür getan, ihr Recht aufzubrechen und ihr Glück woanders zu suchen, zu beschneiden, anstatt das Geld sinnvoll einzusetzen?“. Die Antwort von Ousmane Diarra lautet: „Europa ist nicht bereit dazu, dem Elend der Welt zu begegnen. Auch das hat sich in den Nächten von Ceuta und Melilla gezeigt.“ ■

Martin Glasenapp

Projektstichwort:

Sofortige Hilfe und politische Aufklärung vor Ort, dazu die europäisch-afrikanische Vernetzung: die medico-Partner in Mauretanien und Mali brauchen Ihre Unterstützung, die Opfer der europäischen Ausgrenzung benötigen unsere Solidarität. Spendenstichwort: **Migration**.

In den Vereinigten Staaten

Da sitzt er, ausgelugt. Schweigend. Eine flackernde Kerze erleuchtet nur spärlich die Kammer des Zimmermanns im Gastarbeiterheim. Der Euramerikaner aus einer Schweizer Ethnie spricht einen deutschen Dialekt und gibt vor, im Zeitalter von Jet und Web vor Gewalt und Hunger geflohen zu sein. Er hat sich jedoch jene Aura bewahrt, sie schon unsere Krankenschwestern und Entwicklungshelfer faszinierte. Nennen wir ihn Yacouba, erstens, um seine Identität zu schützen, und zweitens, weil er einen Familiennamen hat, bei dem man sich die Zunge aushaken würde. Er wurde in einer verseuchten Favela der Region Zürich geboren, wo Kindersterblichkeit und Aids – eine Geißel, die erstmals vor bald zwei Jahrzehnten in den von Rauschgift und Laster verderbten Milieus Griechenlands auftrat und sich zu einer weltweiten Epidemie entwickelt – Rekordwerte erreichen; so jedenfalls lauten die Studien der Weltgesundheitsorganisation WHO, die ihren Sitz bekanntlich in unserer schönen und friedlichen Stadt Banjul hat. Hier sind auch immer wieder die Spitzen der internationalen Diplomatie zu Gast, um über das Schicksal von Millionen Flüchtlingen verschiedenster Ethnien zu entscheiden (Österreicher, Kanadier, Amerikaner, Norweger, Belgier, Bulgaren, Isländer, Portugiesen, Ungarn, Schweden...), ganz zu schweigen von den halb verhungerten Boat People auf dem nördlichen Mittelmeer, die verzweifelt den Mörsern und Granaten zu entkommen versuchen, die ihre dunklen Schatten über die leidgeprüften Landstriche Euramerikas werfen. Einige schaffen es an Land, irren umher, verlieren den Mut, werfen mir nichts, dir nichts die Flinte ins Korn und warten darauf, vom Nichts dahingemäht zu werden. Diese armen Teufel sind auf der verzweifelten Suche nach Brot, Milch, Reis oder Mehl, die von afghanischen, haitianischen, laotischen oder sahelischen Wohltätigkeitsorganisationen verteilt werden. Französische, spanische, flandrische oder luxemburgische Schulkinder, heimgesucht von Kwashiorkor, Lepra, grünem Star oder Kinderlähmung, verdanken ihr Überleben allein den Nahrungsmittelüberschüssen vietnamesischer, nordkoreanischer oder äthiopischer Landwirte, und das seit Anbeginn der Welt. Jene Stämme mit ihren kriegerischen Sitten, ihren barbarischen Gebräuchen und ihrem hinterhältigen, zügellosen Gebaren hören nicht auf, die schon verbrannte Erde der Auvergne, der Toscana oder Flanderns weiter zu brandschatzen, wenn sie nicht gerade das Blut ihrer Erbfeinde, der Teutonen, Gascogner, rückständigen Iberer und der ganzen restlichen Bagage, vergießen, wegen jeder Bagatelle und jeder Lappalie, um jedes Lachen, jedes Nichts – weil man einen Besiegten als Gefangenen anerkennt oder eben nicht. Alles wartet auf einen Frieden, der nicht von dieser Welt ist.

Aber wenden wir uns wieder unserem verlausten germanischen oder alemannischen Zimmermann zu und werfen einen verstohlenen Blick in das Dunkel seiner Behausung. Arm wie Hiob in der Asche ist dieser Erdenbürger meilenweit entfernt von unserem allertäglichsten sahelischen Komfort. Im Aufenthaltsraum des weißhäutigen Hungerleidens thront ein vorsintflutlicher Schwarz-Weiß-Fernseher albanischer Fabrikation. Gerade geht eine geistlose Sendung zu Ende, in der ein Professor der Kenyatta School of European and American Studies und ein anerkannter Experte für Afrikanisierung die Behauptung aufstellt, die Vereinigten Staaten von Afrika könnten nicht

Werden geopolitisch umgedreht, können durch die wir uns sehen, umso sichtbar aus Dschibuti starbourahman A. Wabe Welt: die Vereinigten Afrika, reich, mächtig fluss schwimmend, aus den nördlichen gert, Sehnsuchtso aus dem in ethnisch splitterten Europa hat seine Schlange dare Kommentar des

ten von Afrika

länger das Elend der ganzen Welt aufnehmen. Man möchte sich fast von seiner schmeichelnden Stimme einlullen lassen, doch niemand, und schon gar nicht einer der Immigranten aus dem außerafrikanischen Ausland, lässt sich durch seine geschliffenen Phrasen zum Narren halten. Seine Grundidee lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Die förderierten Ordnungskräfte können sich ihrer Verantwortung nicht entziehen und müssen mit der gebotenen Menschlichkeit, aber aller Unterschiedenheit, notfalls auch unter Einsatz von Zwangsmitteln alle ausländischen Staatsangehörigen abschieben: zuerst die Illegalen, dann die Halblegalen, dann die Paralegalen und so weiter und so fort.

Yacouba hat soeben sein Wohnheim verlassen. Er trägt ein Hemd in den Farben seines chronischen Schnupfens und versinkt in einem indigoblauen Boubou. Wenn er vorübergeht, drehen sich die Fußgänger nach ihm um, erstaunter als Völkerkundler, die im tiefsten Bayern auf einen primitiven Volksstamm stoßen. Es ist uns durchaus nicht entgangen, dass unsere Medien immer wieder jene unerträglichen und erniedrigenden Vorurteile aufwärmen, die seit Methusouleymans Zeiten auf den Tisch kommen: Die neuen Einwanderer mit den galoppierenden Geburtenraten verbreiten ihren jahrtausendealten Dreck, ihren mangelnden Ehrgeiz, ihre rückschrittlichen Religionen Protestantismus, Judaismus und Katholizismus, ihren althergebrachten Chauvinismus und ihre endemischen Krankheiten. Kurzum, sie schleppen hinterwärts die Dritte Welt in die Vereinigten Staaten von Afrika. Hemmungslos entziehen sich gewisse Presseorgane seit Jahrzehnten jeglicher Kontrolle und schüren die Angst vor dem, was man zugegebenermaßen vorschnell die „weiße Gefahr“ genannt hat. Mit schönster Regelmäßigkeit titelt die populäre N'Djaménaer Tageszeitung *Bilad es Sudan*: „Schweinehirten übers Mittelmeer!“. Aus Tripolis krakeelt *El Ard*: „Go Johnny, go!“ Und vom *Lagos Herald* dröhnt die kategorische Forderung: „White Trash, Back Home!“. Auf die Spitze aber treibt es der *Messenger des Sychelles*, der lakonisch orakelt: „Apocalypse Now!“

Mehr denn je lockt unsere afrikanische Erde heute alle möglichen von Armut gekennzeichneten Menschen an, die ihr Elend über die Schotterpisten ihrer Irrfahrt getrieben hat. Menschen, konfrontiert mit ihrer eigenen Gemeinheit, von innen brüchig geworden, eine Nesselkrone anstelle des Gehirns. Ihr wollt einen Beweis, einen einzigen? Lasst uns das jahrhundertalte Zeugnis eines dieser armen Schlucker, vermutlich französischer Rasse, lesen, der die tausendzweihundert Kilometer, die Bamako von der Goldenen Stadt trennen, zu Fuß zurückgelegt hat: „Endlich langten wir glücklich in Timbuktu an, als die Sonne den Horizont berührte. Nun erblickte ich vor mir die Hauptstadt des Sudan, die seit so langer Zeit schon das Ziel meiner Träume war. Als wir die geheimnisvolle Stadt betraten, auf die sich alle Begehrlichkeit der darbenenden Nationen Europas richtet, ergriff mich ein unaussprechliches Gefühl der Befriedigung; nie hatte ich Ähnliches empfunden und meine Freude war übergroß“. (René Caillié, 1828) ■

(Aus: Abdourahman A. Waberi, In den Vereinigten Staaten von Afrika, Edition Nautilus, Hamburg 2007)

Afrikas Böden als Beute

Wie Rohstoffabbau und fortgesetzte Landnahme einen gerechten Frieden in dem ehemaligen Bürgerkriegsland verhindern.

Im Sommer dieses Jahres brachte das britische Topmodel Naomi Campbell den beendeten Bürgerkrieg in Sierra Leone zurück ins Scheinwerferlicht. Vor dem Kriegsverbrechertribunal für Sierra Leone in Den Haag bestätigte die internationale Laufsteggröße, nach einem Abendessen im September 1997 von dem angeklagten liberianischen Kriegsherrn und Ex-Präsidenten Charles Taylor mehrere „schmutzig aussehende Steine“ – ungeschliffene Rohdiamanten – bekommen zu haben. Ende der 1990er Jahre steuerte Charles Taylor den Handel mit sogenannten Konfliktdiamanten und damit den Krieg in dem Nachbarland Liberias. Aber in Sierra Leone geht es nicht mehr nur um seltene Mineralien. Jetzt sind die Ackerböden selbst das Ziel.

Das Tribunal gegen Charles Taylor und andere Kriegsverbrecher darf nicht darüber hinweg täuschen, dass am Schauplatz des Geschehens eine Kultur der Straflosigkeit herrscht. In Sierra Leone leiden bis heute Tausende Überlebende unter den erlittenen Kriegstraumata, meist ohne medizini-

sche oder psychosoziale Hilfe, aber auch ohne jedwede materielle Entschädigung. Der Krieg endete im Jahr 2002, auf Druck der UN wurde vorschnell eine Generalamnestie verfügt, so dass die Täter völlig unbehelligt in unmittelbarer Nähe zu den Überlebenden der Gräueltaten wohnen können; sie sind nicht nur die Gewinner des Krieges, sondern aufgrund staatlicher Reintegrationsmaßnahmen auch die Sieger im Frieden – die Opfer gingen weitgehend leer aus.

Rebellen und Regierungstruppen finanzierten ihren Krieg durch den Handel mit Konfliktdiamanten. Im Rahmen der internationalen Kampagne Fatal Transactions macht medico seit Ende der 1990er Jahre öffentlich mobil dagegen, dass die großen Diamantenfirmen billig Rohdiamanten erwerben und die Warlords aus ihren Profiten jene Waffen kaufen konnten, die den Krieg in diesem Ausmaß erst ermöglichten. Bis heute wurde weder ein Unternehmen angeklagt noch ein Opferfonds eingerichtet, um zumindest den Kriegsversehrten angemessene Hilfe zukommen zu lassen.

Von Konfliktdiamanten zu Diamantenkonflikten

Acht Jahre nach Kriegsende liegt Sierra Leone im UN-Index über menschliche Entwicklung weiterhin an drittlezter Stelle von 181 Ländern. Dahinter kommen nur noch Afghanistan und



Niger. Über 70 % seiner annähernd fünf Millionen Einwohner leben in absoluter Armut, obwohl das Land reich ist. Es gibt Diamanten, Gold und Bauxit, dazu seltene Metalle wie Platin, Rutil (Titanoxid) und Rhodium. Für den Diamantenabbau werden riesige Landflächen verpachtet oder verkauft, während die betroffenen bäuerlichen Dorfgemeinschaften lediglich mit niedrigen Kompensationszahlungen abgespeist werden. Viele wandern in die Städte ab, wie etwa die Hauptstadt Freetown, aber auch in die Nachbarländer, insbesondere die Elfenbeinküste. Andere versuchen in einer Diamantenmine zu arbeiten oder beginnen selbst zu graben. In Sierra Leone schürften etwa 100.000 Menschen nach dem teuren Mineral. Aber der Bedarf an Arbeitern sinkt. Viele Minen sind erschöpft und die zunehmende Mechanisierung sorgt dafür, dass auch trotz Tiefensprengungen immer weniger Schürfer für die gleiche Produktionsmenge benötigt werden. Diamanten finanzieren heute keine Waffenkäufe mehr, aber die Art und Weise ihrer Exploration verhindert Entwicklungsprozesse und damit auch einen nachhaltigen Frieden im einstigen Bür-

gerkriegsland. Allein in der Region Kono wurden 2007 nach friedlichen Protesten gegen schlechte Arbeitsbedingungen in den Minen zwei Demonstranten von Sicherheitskräften getötet. Sierra Leones Situation zeigt, dass die offizielle Definition von Konfliktdiamanten, wie sie mit dem Zertifizierungssystem im Rahmen des Kimberley-Prozesses 2003 festgelegt wurde, zu kurz greift: Wer sich nur auf die Handelsstrukturen beschränkt, thematisiert nicht die Produktionsbedingungen, unter denen die wertvollen Steine außerhalb von Kriegsregionen abgebaut werden.

Beratung im Konfliktfall

Der medico-Partner in Sierra Leone, das Network Movement for Justice and Development (NMJD), setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Einnahmen aus dem Rohstoffabbau auch der Bevölkerung zugute kommen. Es steht beispielsweise in der Region Kono Ratsuchenden mit Laienjuristen und Beratungsbüros zur Seite, die in Landfragen und Schürfrechten, aber auch bei häuslicher Gewalt und Unterhaltsver-

pflüchtungen Hilfe brauchen. „Denn“, so ein Sprecher von NMJD, „die Kontrolle über den Besitz natürlicher Ressourcen war und bleibt eine Konfliktquelle in Sierra Leone. Aufgrund der Unfähigkeit der Regierung, neue Minenpolitiken einzuführen, umzusetzen und zu koordinieren, können die Gemeinden in Diamantenregionen nicht von ihrem Reichtum profitieren.“ Gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der UN hat NMJD einen Abkommensentwurf entwickelt, der die internationalen Unternehmen verpflichten soll, für eine gerechtere Verteilung der Gewinne zu sorgen. Die Regierung Sierra Leones indes verscherbelt ihr Land.

Die neue Landnahme

Dies ist durchaus wörtlich zu verstehen: die größte landwirtschaftliche Investition in Sierra Leone tätigte in diesem Jahr die Schweizer Firma Addax Bioenergy. Sie pachtete mit Unterstützung des sierra-leonischen Präsidenten Ernest Bai Koroma 15.000 Hektar Land, auf dem für mindestens 50 Jahre Zuckerrohr angebaut werden soll, um Ethanol zu produzieren und nach Europa zu exportieren. Die Kosten trägt Addax Bioenergy gemeinsam mit der Europäischen Entwicklungsbank und der African Development Bank. Es handelt sich um Ackerboden, auf dem bisher Reis, Maniok und Gemüse angebaut wurden und von dem mehr als 17.000 Menschen leben. Mit dem Kauf der Landnutzungsrechte wird auch der Zugang zum nahegelegenen Rokel River gesichert. Die betroffenen Bauern verlieren zusätzlich die Wasserrechte und werden gegen eine geringe Entschädigungssumme „umgesiedelt“. So sind nicht mehr die diamantenreichen Regionen Sierra Leones allein im Fokus international agierender Unternehmen, sondern die afrikanischen Böden selbst werden zu profitablen Ressourcen. Befördert wird dieser Prozess durch die aktuellen EU-Richtlinien zur Förde-

rung von Biosprit, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen abzubauen.

Biosprit als Katalysator

Nach elf Jahren Bürgerkrieg hat Sierra Leone weder die Opfer angemessen entschädigt, noch seine Ernährungsautonomie zurück gewonnen. Statt sich um eine bedarfsorientierte landwirtschaftliche Entwicklung zu bemühen, baut das internationale Agrarbusiness mit europäischen Fördermitteln Pflanzen zur Gewinnung erneuerbarer Treibstoffe an. Das Ergebnis sind nicht nur Boden- und Wasserkonflikte, sondern auch eine verstärkte Migration in den städtischen Raum. Nach dem Verlust ihrer kleinbäuerlichen Landwirtschaft wird damit ein wachsender Bevölkerungsanteil der globalen Nahrungsmittelkrise ausgesetzt. Als 2008 die Weltmarktpreise für Lebensmittel plötzlich anstiegen, war dies zum Teil eben jenen Spekulationskäufen geschuldet, die EU und USA mit ihren neuen Biosprit-Richtlinien ausgelöst hatten. Nicht nur Diamanten, auch Afrikas Böden versprechen weiter fette Dividenden. ■

Anne Jung und Judith Kopp

Projektstichwort:

Der medico-Projektpartner in Sierra Leone kämpft darum, dass die natürlichen Reichtümer des Landes der Bevölkerung zugute kommen. Das Network Movement for Justice and Development setzt sich für gerechte Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und den Bau von Schulen und Gesundheitsstationen ein. Laienjuristen informieren die Menschen über ihre Rechte, um sich der Willkür und Macht der Diamantenminenbesitzer zu erwehren. Jetzt, wo vermehrt der Boden zum Spekulationsprojekt wird, ist die Unterstützung der Zivilgesellschaft Sierra Leones dringender denn je. Stichwort: **Sierra Leone**.

Das Recht der Anderen

Die islamisch-konservative AKP-Partei hat die türkische Verfassung demokratisiert. Dennoch geht die Verfolgung von Oppositionellen und kritischen Intellektuellen weiter. Jüngst wurde erneut der Soziologe Ismail Besikci angeklagt.

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan hatte das Referendum vom 13. September, das symbolträchtig am 30. Jahrestag des Militärputsches von 1980 stattfand, zum „Wendepunkt“ der Demokratisierung erklärt. Mit knapp 58 Prozent Ja-Stimmen wurde die Macht der Militärs weiter eingeschränkt. Der Artikel 15 der alten Putschverfassung von 1982, der den Generälen ewige Straffreiheit garantierte, wurde aufgehoben. Schon am Tag danach kündigten Menschenrechtsvereine und Folteropfer an, die noch lebenden Putschisten anklagen zu wollen.

Aus kurdischer Sicht war dieses Verfassungsreferendum dennoch ein Referendum der verpassten Möglichkeiten. In den ersten drei Artikeln der Verfassung steht weiterhin geschrieben, dass die Republik Türkei ein dem Nationalismus Atatürks verpflichteter unteilbarer Rechtsstaat ist, in dem es nur ein einziges Staatsvolk und eine einzige Staatssprache gibt. Der vierte Paragraph verbietet eine Änderung der ersten drei. Die Sperrklausel von 10 Prozent bei Parlamentswahlen, die vor allem die kurdische Opposition ausgrenzt, gilt weiter. In den östlichen kurdischen Provinzen, aber auch in den westtürkischen Stadtvierteln mit vorwiegend kurdischer Bevölkerung, boykottierten weit über 50 Prozent der Wahlbe-



Ein Leben als Dissident: Ismail Besikci
Foto: Yeni Politika

rechtigten das Referendum. Für Osman Baydemir, den Bürgermeister von Diyarbakir, ist dieser Protest als Wunsch nach weiteren kurdischen Rechten zu verstehen. „Ministerpräsident Erdogan sollte diese Chance nutzen“, betonte der wichtigste kurdische Lokalpolitiker, „wenn unsere Bevölkerung mit Nein gestimmt hätte, wäre für die AKP das Referendum verloren gegangen.“

Im neuen Verfassungsentwurf steht weiterhin der berüchtigte Artikel 301, der die „Herabwürdigung des Türkentums“ unter Stra-

fe stellt. Nicht nur die Schriftstellerin Elif Afak, der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk und zahlreiche Menschenrechtler, auch der armenisch-türkische Journalist und Autor Hrant Dink – der im Jahr 2007 von einem Rechtsextremisten auf offener Straße erschossen wurde – war zuvor wegen „Herabwürdigung des Türkentums“ verurteilt worden.

Anklagen ein Leben lang

Auch die jüngste Anklage gegen den Soziologen Ismail Besicki lässt vermuten, dass die Regierung Erdogan die Macht der kemalistischen Staatsbürokratie vor allem zum eigenen Nutzen beschneidet. So wurde das Anti-Terror-Gesetz (TKM) unter ihrer Regierung nicht liberalisiert, sondern verschärft. Ismail Besicki hat Erfahrung mit Anklagen und Gefängnisstrafen, sie begleiten ihn ein Leben lang. Erneut ist es

ein wissenschaftlicher Aufsatz, der ihm den Vorwurf „terroristischer Gedanken“ einbringt. In seinem Text heißt es: „Die Kurden haben gekämpft und einen hohen Preis für ihre freie Heimat bezahlt. Syrien, Iran und die Türkei regieren die Kurden mit Zwang und Gewalt“. Und weiter: „Es ist ein Recht der Kurden, einen Kampf für Freiheit gegen diesen zwanghaften Zustand zu führen.“ Dem Autor drohen jetzt bis zu sieben Jahre Haft.

Besicki, selbst Türke, gebürtig aus Corum, wurde in der Vergangenheit unzählige Male angeklagt, die „Nationalgefühle zu zerstören oder zu schwächen“. In den letzten vier Jahrzehnten wurde der 71-jährige Soziologe zu insgesamt 100 Jahren Haft verurteilt, von denen er immerhin 17 Jahre im Gefängnis verbrachte. Er war der erste Mensch in der Türkei, der wegen „Gründung einer geheimen Einmann-Organisation“ verurteilt wurde. Der be-



kanteste Kurden- und Minderheitenforscher seines Landes wird allein wegen seiner Studien verfolgt, in denen er ausführlich die Eigenständigkeit der kurdischen Sprache und Kultur beschreibt. Bereits 1971 verstießen ihn deshalb seine Kollegen von der Universität Erzurum. In ihrem offenen Brief, dessen Ungeist heute noch erschreckt, heißt es: „In seinen Schriften befasst sich Besikci mit den Kurden. Er erläutert, dass es, abgesehen von der türkischen Nation, eine eigene Nation gäbe, deren Sprache und Kultur anders als die türkische Sprache und Kultur seien. Die angesehensten Autoren und wissenschaftlichen Autoritäten haben jedoch bewiesen, dass diese Thesen wissenschaftlich nicht haltbar sind... Kurde sein heißt Türke sein. Es gibt auch keine kurdische Sprache... Diese Person verletzt unsere Würde als Person und Wissenschaftler. Deshalb sind wir an einer Verurteilung und einer entsprechenden Bestrafung dieser Person interessiert.“

Haft auf Haft

Eine Kette von Anklagen und Verurteilungen wurde seitdem gegen Besikci geknüpft. Er verlor seine Lehrbefugnis und arbeitete als freier Schriftsteller. Im eigenen Land wurde er geächtet und nur von wenigen linken Kollegen und Schriftstellern unterstützt. 1987 war Besikci einer der Kandidaten für den Friedensnobelpreis. Auch medico und der internationale PEN setzten sich für ihn ein. Seit seiner Haftentlassung Ende der Neunziger interessierte sich Besikci zunehmend auch für verfolgte Minderheiten wie die Aleviten, die Yeziden oder die syrischen Christen. Regelmäßig publiziert er und schreibt eine Kolumne für das kurdische Webportal gomanweb.

Auch bei seinem Auftritt vor dem 11. Strafgerichtshof zeigt sich der kleingewach-

Projektstichwort:

Aktuell setzten sich zahlreiche Intellektuelle in der Türkei für die Freiheit von Ismael Besikci ein. Der Soziologe ist aber nicht der einzige, dem eine Verurteilung wegen seiner politischen Meinung droht. Am 10. August wurde der seit 1991 in Köln lebende Schriftsteller Dogan Akhanli bei seiner Einreise in die Türkei verhaftet. Die Anklage wirft dem deutschen Staatsbürger einen Raubüberfall aus dem Jahr 1989 und damit einen „versuchten Umsturz“ der verfassungsmäßigen Ordnung vor. Die Anklage stützt sich u.a. auf Folterprotokolle, die der Betroffene öffentlich bereits widerrief. Die türkische Staatsanwaltschaft stört das wenig. Sie scheint mit einem politischen Linken und Romancier abrechnen zu wollen, dessen hoch gelobte Bücher den Völkermord an den Armeniern von 1915 oder das Schicksal der jüdischen Diaspora in der Türkei zum Inhalt haben. Akhanli engagierte sich außerdem für die Aufklärung des Mordes an seinem Kollegen Hrant Dink. Am 18. Oktober beginnt zudem ein Massenprozess in Diyarbakir. Die Staatsanwaltschaft klagt 151 kurdische Politiker, Anwälte und Menschenrechtler an, das Land in eine „demokratische Republik“ mit „freien Kommunen“ im Sinne der verfeimten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) umwandeln zu wollen. Das freie Wort und damit das Recht auf kulturelle Differenz, in diesem Fall der Kurden, muss in der Türkei weiterhin verteidigt und erkämpft werden. Das Stichwort lautet: **Kurdistan**.

sene Wissenschaftler mit der leisen Stimme kämpferisch. Er erklärte, die kurdische Existenz werde zwar in den Medien nicht mehr – im Gegensatz zu früheren Zeiten – gelegnet, aber es fehle weiterhin an dem Willen für eine politische Lösung. Ohne Meinungsfreiheit, so Besikci, sei auch eine „kurdische Öffnung“ des politischen Lebens in der Türkei nicht möglich: „Das freie Denken, die freie Kritik ist das wichtigste Kriterium der Demokratie“. ■

Martin Glasenapp

Die innere Demokratie

palästina: Stabilität statt Menschenrechte?

Das Leben des krebserkrankten Ahmed Abu Fouad hängt von einer Ausreise aus dem Gazastreifen ab. Die dortigen Krankenhäuser sind heruntergekommen, eine Behandlung vor Ort ist nicht möglich. Zusammen mit unserem israelischen Partner Ärzten für Menschenrechte haben wir häufig darüber berichtet, dass die israelischen Behörden die Ausreise todkranker Patienten nicht zulassen, doch im Fall Abu Fouads verweigerte ihm die eigene Regierung, die von der Fatah geführte Palästi-

nische Autonomiebehörde, den notwendigen Reisepass – Abu Fouad gilt als der Hamas nahestehend. Kein Einzelfall. Der Zwist zwischen der Autonomiebehörde, die über die Westbank regiert, und der Hamas, die in Gaza herrscht, führt nicht nur zu schweren Problemen im Gesundheits- oder im Bildungssektor. „Vor unseren Augen verwandelt sich eine einst lebhaftere Gesellschaft, die gegen die Besatzung, aber auch gegen die eigene Führung aufbegehrte, in eine Ansammlung von Individuen,

Déjà - vu

chile: Hausdurchsuchung beim medico-Partner CODEPU

Das Szenario schien aus einer anderen, längst vergangenen Zeit zu stammen. Am Samstag, den 14. August, wurde die Privatwohnung von Viviana Uribe, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CODEPU, sieben Stunden lang von einem Polizeikommando durchsucht. Die Polizei drang gewaltsam ein, richtete die Maschinengewehre auf die noch schlafenden Bewohner und stellte dann das ganze Haus auf den Kopf. Vor dem Hintergrund der chilenischen Geschichte wecken solche polizeilichen Übergriffe mehr als nur böse Erinnerungen. Viviana Uribe und ihre hochschwängere Tochter, die während der Übergriffe im Haus war, sind selbst Angehörige von

Opfern der Pinochet-Diktatur. Neben Computern, persönlichen Fotos und Kinderspielzeug entwendete das Polizeikommando Dokumente, die im Zusammenhang mit der CODEPU-Arbeit mit den Mapuche-Indianern stehen sowie Augenzeugenberichte von Menschenrechtsverletzungen.

Während sich der neue rechte Präsident Piñera vor laufenden Kameras beim Erdbeben und beim Grubenunglück als Retter präsentiert, zeigt der Vorfall bei CODEPU die andere Seite der chilenischen politischen Gegenwart. Auch Wochen später gibt es keine Erklärung in welchem Zusammenhang die Hausdurchsuchung stattfand. Man kann nur speku-



die sich schweigend und desillusioniert ins Private zurückziehen“, sagt Mahmoud Aburahma von der Menschenrechtsorganisation Al Mezan. So verbietet die Hamas in Gaza oppositionelle Demonstrationen, während die Autonomiebehörde in der Westbank Schläger in Zivil schickt, die missliebige Veranstaltungen gewaltsam sprengen. Tausende politische Gegner wurden in den letzten Jahren festgenommen. Nicht etwa aufgrund eines konkreten Verdachts sondern aus vagen „Sicherheits-

lieren. Steht sie im Zusammenhang mit der Kriminalisierung der Bewegung der chilenischen indigenen Bevölkerung, den Mapuche? Seit vielen Jahren setzt sich CODEPU, auch mit Unterstützung von medico, für die Menschenrechte der Mapuche ein. Gerade befinden sich Mapuche-Gefangene im Hungerstreik, die festgenommen wurden, weil sie gegen ihre Entrechtung protestierten. Im Süden Chiles gibt es seit vielen Jahren Auseinandersetzungen um die Aneignung und Privatisierung von Ländereien, die die Mapuche historisch beanspruchen, so bei der Errichtung von sechs Wasserkraftwerken am Fluss Bio Bio, einer wesentlichen Wasserader in der Mapuche-Region.

Oder begleichen die Sicherheitskräfte, die sich nun

gründen“. Dabei werden diese Gefangenen häufig misshandelt, mindestens drei – zwei in der Westbank und einer in Gaza – wurden dabei nachweislich getötet. Die beiden „Regierungen“ verstoßen damit immer häufiger gegen geltendes palästinensisches Recht. Damit, so Aburahma, unterhöhlen sie die eigene Gesellschaft. Auch das Nahost-Quartett spielt dabei keine rühmliche Rolle: „Die wichtigsten Spieler verlangen von den Palästinensern den sogenannten Goldstone-Bericht zugunsten von Friedensgesprächen fallen zu lassen. Frieden und Menschenrechte sind aber kein Widerspruch. Im Gegenteil. Frieden gründet auf dem Respekt des Völker- und Menschenrechts. Wenn der Westen uns auffordert, Menschenrechte zugunsten von Stabilität oder sogenannter „Realpolitik“ zu ignorieren, so sendet er das absolut falsche Signal.“ ■

Spendenstichwort: Israel-Palästina

mit dem neuen Präsidenten im Aufwind wähen, eine alte Rechnung? Sollen Frau Uribe und CODEPU eingeschüchtert werden? Unterstützung für die Arbeit von CODEPU ist umso dringender notwendig, zumal sie in der Mapuche-Region auch Nothilfe für die Erdbebenopfer leisten. ■

Spendenstichwort: Chile



Protest der Mapuche in Valparaiso, Chile
Foto: Reuters

Ein Schritt zur globalen Gesundheitsbewegung

Die Konferenz „global – gerecht – gesund“ in Berlin eröffnete einen Raum für politische Debatten und Handlungsvorschläge

Das Recht auf Gesundheit ist schnell proklamiert, international für alle gültigen Menschenrechtspakte unterzeichnet oder in den fortschrittlichsten Verfassungen der Welt, wie in Südafrika oder Brasilien, als nicht hintergebar festgehalten. Politiker und Pharmakonzerne führen es ohne Scheu im Mund: Alle wollen das Gute und dass es nicht eintritt, gilt als unvermeidliches Schicksal.

Dass die Realität dieses Rechts ein Skandalon darstellt, für das es gilt Worte und Verursacher zu finden, ist in solchen Sonntagsreden nicht vorgesehen. Auf der Konferenz „global – gerecht – gesund“, die am 17. und 18. September organisiert von medico international, Gesundheit Berlin-Brandenburg und unterstützt von 15 weiteren Gesundheitsinitiativen in Berlin stattfand, entstand hingegen ein politischer Raum, dies zu debattieren.

Umverteilung von unten nach oben

Einen besonderen Aufschlag machte der an der Yale-Universität unterrichtende deutsche Philosoph Thomas Pogge. Seine Zahlen, Daten und Auswertungen zum Gesundheitszustand der Welt trug er nüchtern, geradezu unterkühlt vor. Man müsse, so Pogge, die Verletzung des Menschenrechtes auf Gesundheit in den Mittelpunkt der Argumente rücken. Ein Drittel der Menschheit stirbt an armutsbedingten Krank-

heiten. Für Pogge gibt es dafür eine entscheidende Erklärung. „Unter den bestehenden Weltwirtschaftsregeln sind für die meisten Menschen die Menschenrechte vorhersehbar nicht erfüllt.“ Denn unter diesen Regeln hat eine gewaltige Verschiebung des Reichtums von unten nach oben stattgefunden. 1.125 Milliarden besitzen drei Mal so viel des Weltvermögens wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Seit 1988 kann das reichste Zwanzigstel einen Zuwachs am Weltvermögen von 8 Prozent verzeichnen, während das ärmste Viertel über 30 Prozent verloren hat. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Finanzkraft von den Milliarden zu den Milliarden gewandert – mit allen Folgen für fehlende Teilhabe und Entrechtung von Milliarden Menschen.

Massive Einkommensverschiebungen von unten nach oben kann auch Deutschland vorweisen. Auf der Konferenz ein Thema für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenschbach (siehe dazu auch nebenstehende Rede von Kurt Lambertin). Denn das hat erhebliche Folgen für die gesetzlichen Krankenversicherungen, deren Einnahmen aufgrund des Lohnrückgangs geringer werden. Wie das Loch ausgeglichen werden soll, ist gerade von Herrn Rössler verkündet worden: durch den schleichenden Einstieg in die Kopfpauschale und den Abschied vom solidarischen System. Insofern wurde schnell deutlich, dass wir



Projektstichwort:

Die Konferenz „global – gerecht – gesund“ wurde maßgeblich von **medico international** ausgerichtet und finanziert. **medico** postuliert das Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit nicht nur als Botschaft, sondern sieht seine Aufgabe darin, mit seinen Möglichkeiten dazu beizutragen, dass dieses Recht auch Wirklichkeit wird. Dafür sind solche Begegnungen wie in Berlin unerlässlich, denn sie können Kristallisationspunkt für ein gemeinsames wirksames Engagement werden. Das Projekt weltweiter Gesundheitsgerechtigkeit braucht Ihre tatkräftige und finanzielle Unterstützung. Das Stichwort dafür lautet: **medico international**.

selbst bei den Gesundheitsproblemen in Deutschland von Ursachen ausgehen müssen, die in den bestehenden, weltweit gültigen „Wirtschaftsregeln“ (Pogge) zu suchen sind.

In schönen Kurven machte der Yale-Professor deutlich, dass beispielsweise in der pharmazeutischen Industrie nur dann größte Gewinne zu erzielen sind, wenn man lediglich ein Fünftel des Marktes hochpreisig bedient. Die „Ungleichheitsspirale“ werde durch den Einfluss der reichsten Länder und der größten Unternehmen auf die internationalen Regeln zementiert. Immer schon habe es Armut gegeben, aber nie zuvor soviel Reichtum, dass die Menschheit einen Bruchteil der Mittel einsetzen müsste, um sie zu beseitigen. Die weltweite Armut und die daraus folgenden arbeitsbedingten Krankheiten sind, so Pogge, die größte Menschenrechtsverletzung in der Geschichte der Menschheit. Dieser Satz begründete den moralischen, ethischen und politischen Imperativ zur geforderten grundlegenden Umkehr.

Ungleichheitsspirale

Wie kann sich eine solche Umkehr manifestieren? Auf jeden Fall nicht in solchen Projekten wie den Millennium-Entwicklungszielen, die

von den anwesenden US-amerikanischen Forschern fundamental kritisiert wurden. Nicht nur, weil ihr Scheitern absehbar ist. Selbst bei ihrer Verwirklichung gäbe es 2015 mehr Arme als heute. Die Armutsbekämpfung verringert nicht einmal die Armut – das war das erschütternde Fazit. „Deshalb müssen wir sie nicht nur bekämpfen, sondern an der Wurzel beseitigen“, forderte Thomas Pogge. Dass gehe nur, wenn die Armutsfrage vom zentralen Thema aller internationalen Vereinbarungen und politischen Handlungen werde. Ein Konsens der Konferenz.

Nun kommt als Gegenargument bei Debatten um die Gesundheitspolitik immer die Behauptung, dass sich in den vergangenen Jahren die Ausgaben für internationale Gesundheitsprogramme vervielfacht haben. „Auf der internationalen politischen Agenda“, so die italienische Gesundheitsexpertin Nicoletta Dentico, „ist Gesundheit zum Hauptgesprächsthema geworden.“ Allerdings glichen die Bemühungen dem Turmbau zu Babel: fragmentiert, auf einzelne Krankheiten ausgerichtet, vertikal von oben nach unten aufgebaute Programme, deren Folgen manchmal mehr schaden als nutzen und nationale Systeme erodieren. Alle Programme machen einen großen Bogen um die Frage, wie strukturelle Veränderungen aussehen könnten und wo sie realistisch ansetzen müssten. Wie die Millennium-Entwicklungsziele sind sie zumeist Reparaturbetrieb an der Ungleichheitsspirale. Sie setzen sie nicht außer Kraft.

Gemeinsame Lern-Initiative

Zugleich wurden Grundzüge eines Aktionsplans sichtbar, der sich nichts Geringeres vornimmt, als eine Bewegung zu gründen, die Normen durchsetzt, um das Recht auf bestmögliche Gesundheit weltweit zu verwirklichen. Professor Lawrence Gostin aus Washington stellte diese Idee am Beispiel der „Joint Learning Initiative on National and Global Responsibilities for Health“ (Gemeinsame Lern-Initiative über nationale und globale Gesundheitsverantwortung) vor. Die Offenheit des Projektes ist im Namen angelegt, aber einige Grundsätze gibt es. Darunter die Verpflichtung der Staaten das Menschenrecht auf Gesundheit für seine Bürger zu verwirklichen und die Verpflichtung aller Staaten gegenüber den Armen der Welt. Die gemeinsame Lern-Initiative zur Gesundheit will verpflichtende Normen setzen, um das Menschenrecht zu verwirklichen. Dazu schlägt sie einen obligatorischen Finan-

zierungsmechanismus vor, der Gesundheitspolitik an diesen menschenrechtlichen Kriterien ausrichtet und unterstützt. Sie richtet sich an die WHO, will sie stärken und umbauen, um hier tatsächlich eine funktionierende globale Gesundheitsarchitektur zu errichten.

In diesen Kontext gehören Vorschläge für die Schaffung von Regeln, die

- eine Neuausrichtung der Medikamentenforschung an bestehenden Gesundheitsbedürfnissen (statt an Verdienstmöglichkeiten) zu lassen,
- sicherstellen, dass die internationale Migration von Gesundheitsfachkräften nicht zu Lasten der Länder des Südens geht,
- eine Finanzierung leistungsfähiger Versorgungssysteme nachhaltig, wenn nötig international, sichert (Global Fund for Health).“

Das Beispiel Simbabwe

Dass eine internationale Gesundheitsbewegung, die das Menschenrecht als Vision und als Norm in den Mittelpunkt rückt, auch eine lokale Ebene braucht, verdeutlichte unter anderem Itai Rusike vom medico-Partner „Community Working Group on Health“ aus Simbabwe. Er stellte nicht nur die dramatische Gesundheitssituation seines Landes vor, die in der Cholera-Epidemie des vergangenen Jahres ihren beredten Ausdruck fand. Er berichtete auch von der jüngsten politischen Initiative. Das Menschenrecht auf Gesundheit soll in der neuen Verfassung Simbabwes verankert werden. Ein solcher Verfassungssatz könne dann immerhin nachträglich die juristische Verfolgung von Verantwortlichen für Desaster wie die Cholera-Epidemie ermöglichen, hofft Rusike.

Aber das Recht auf Gesundheit braucht eine normative Absicherung. Für Länder wie Simbabwe wäre das nur im globalen Kontext denkbar. In Berlin ist es gelungen

diese Ebenen zusammenzuführen. Auch deshalb gab es von Anfang bis Ende ein höchst aufmerksames und in vielen Foren fachkundig diskutierendes Publikum.

Die meisten Beiträge können Sie im Internet unter www.medico.de nachlesen. Auszüge aus einigen Reden nebenstehend. ■

Katja Maurer

Gleichheit und Menschenrechte

Dr. Armando de Negri, Sao Paulo:



Zunächst ist es wichtig, zu spezifizieren, was es bedeutet, Menschenrechte als politisches Konzept und gleichzeitig auch als politisches Werkzeug zu definieren. Denn für die meisten Menschen heißt über Menschenrechte zu sprechen, über eine rein theoretische Angelegenheit zu reden. Über etwas, das nicht greifbar ist. Und viele Menschen in Ländern der Dritten Welt fragen daher zu Recht: „Was ist der Nutzen von Menschenrechten, die sowieso niemand respektiert?“ Erst wenn wir uns darauf einigen,

dass Menschenrechte für alle Menschen gelten, haben wir eine Grundlage geschaffen. Dann muss als nächstes gefragt werden: „Wie erreiche ich alle Menschen?“

Außerdem ist es wichtig, nicht nur alle zu erreichen, sondern auch für alle Menschen Lösungen entsprechend ihrer Bedürfnisse zu finden. Dies ist der zweite Aspekt des Menschenrechtsansatzes. Wir brauchen ein umfassendes Verständnis dafür, dass alle menschlichen Grundbedürfnisse, die als Rechte anerkannt sind, erfüllt werden müssen. Dann werden – das ist sehr wichtig – Bedürfnisse zu Rechten. Und wenn wir den universellen mit dem umfassenden Aspekt verbinden, dann kommen wir zum dritten fundamentalen Aspekt der Menschenrechte als Werkzeug: nämlich der Gleichheit als einem Hauptkriterium für Rechte. Das heißt, wenn ich die gleichen Bedürfnisse wie ein anderer Mensch habe, dann haben wir beide auch das Recht auf die gleichen Antworten.

Moralischer Imperativ bedeutet hier, dass Menschen das Recht auf die gleiche Erfüllung gleicher Bedürfnisse haben. Dieses po-

litische Argument, das das Fundament für Gerechtigkeit darstellt, ist essenziell um die globale Debatte vorzubereiten. Wenn wir diesen moralischen Imperativ konstatieren, dann werden wir nicht mehr akzeptieren können, dass für Länder der Dritten Welt lediglich ein „Basispaket“ an Gesundheitsversorgung angeboten wird, während die kapitalistischen Länder der „ersten Welt“ das komplette Paket bekommen sollen. Dies wäre moralisch nicht mehr vertretbar. Und dieser moralische Imperativ wird einen zweiten Imperativ schaffen, den ethischen Imperativ. Die Frage wird sich stellen, wie wir es schaffen können, den moralischen Imperativ zu befolgen.

Wir können keine unterschiedlichen Lösungen in dem Bewusstsein vorschlagen, dass auch die Ergebnisse unterschiedlich sein werden. Wenn ich eine unzureichende Lösung vorschlage, eine Lösung, die keine Todesfälle verhindert, die Krankheiten nicht eindämmt, dann ist das eine bewusste Verweigerung von Hilfe. Und diese Verweigerung erzeugt einen ethischen Konflikt, denn ich habe die Mittel zu helfen, aber ich nutze sie nicht in der Form, in der sie tatsächlich Lösungen brächten. In dieser Hinsicht werden wir gezwungen sein unser Konzept der politischen Ökonomie von Hilfe zu überdenken. Es geht darum, nicht nur über Länder und „Opferländer“ nachzudenken, sondern ein globales Verständnis zu entwickeln, gerecht zu sein, im Sinne einer Gerechtigkeit, die tatsächlich Lösungen für die Probleme der Menschen findet. In diesem Sinne ist Gleichheit als Konzept fundamental mit den Menschenrechten verbunden.

Und der dritte und letzte Imperativ ist der politische Imperativ. Dieser fordert von uns

Wenn ich eine Lösung vorschlage, die keine Todesfälle verhindert, die Krankheiten nicht eindämmt, dann ist das eine bewusste Verweigerung von Hilfe.

den politischen Zeitpunkt der Hilfe zu respektieren. Wir können den Ländern der Dritten Welt nicht erklären, dass sie noch ein wenig warten müssen – womöglich 100 oder 200

Jahre – bis sie die gleichen Standards wie die Industrieländer haben. Unsere Agenda besteht nicht in der Bekämpfung von Armut, sondern in der Umverteilung von Reichtum. Wir brauchen keine Politik für die Armen, wir brauchen eine Politik der Umverteilung von Reichtum. Das ist

etwas völlig anderes und entspricht auch viel mehr den Menschenrechten.

Der Punkt ist nämlich, dass wir niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte so viel Reichtum hatten, aber auch noch nie so eine Konzentration von Reichtum. Die Debatte um Menschenrechte und das Menschenrecht auf Gesundheit schafft eine außergewöhnliche Möglichkeit eine effektive Umverteilung vorzunehmen. Denn das Recht auf Leben, verbunden mit dem Recht auf Gesundheit, ist ein sehr starkes Argument dafür.

Aber wir müssen einen weiteren sehr wichtigen Faktor beachten. Wir müssen die Existenz von öffentlichen Räumen, im Sinne der politischen Definition von öffentlichen Räumen, bewahren. Denn sie wurden eliminiert. Nach Hannah Arendt ist das erste was in einer Diktatur verschwindet der öffentliche Raum. Wir können viel debattieren, aber es wird für die Realität keine Konsequenzen haben. Wir müssen zurückkommen zu einer politischen Debatte über wirklich wichtige Themen wie Gerechtigkeit. Und wir müssen uns klar machen, dass wir reden müssen um zu handeln. Nicht nur debattieren um unseren Intellekt zu befriedigen. Wir müssen darüber nachdenken, was uns für die nachfolgende Aktion nützt. ■

Ressourcen anders verteilen

Knut Lambertin, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin



Gesundheit ist als öffentliches Gut zu betrachten oder muss als öffentliches Gut betrachtet werden – soweit das Prinzip. Doch was heißt das für die verschiedenen Regionen unserer Welt. Im globalen Süden sind viele unserer Mitmenschen ganz ausgeschlossen oder abgehängt von guter Gesundheitsversorgung.

Verteilungsungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich sind das Kernproblem. Auch im globalen Norden ist die Verteilungsungerechtigkeit das größte Problem. Wenn auch auf anderem Niveau. Wir haben in Deutschland oder in der nördlichen Hemisphäre in langen sozialen Auseinandersetzungen erreicht, dass Sozialstaaten mit ver-

fassten sozialen Rechten etabliert wurden. Die Rechte sind gesetzlich verankert. Aber was nutzen uns diese verbrieften Rechte, wenn unsere Gesundheitsversorgung zunehmend ausgehöhlt wird.

Wir haben in Deutschland, wie auch in den übrigen nördlichen Ländern, einen Trend zur Privatisierung von Leistungen und Kostenverlagerung. Was früher solidarisch aufgebracht wurde oder durch die öffentliche Hand finanziert wurde, wird zunehmend dem privaten Haushalt, dem einzelnen Menschen überantwortet. Ich nenne nur die Stichworte Kopfpauschale, Gesundheitsprämie oder, wie es die jetzige Bundesregierung in ihrer neuen Gesundheitsreform bezeichnet, einkommensunabhängige Zusatzbeiträge.

Gesundheit als öffentliches Gut, was ist das? Konkret heißt das, dass Marktgesetze in diesem Bereich nicht dominant werden dürfen. Der Wettbewerb darf nicht das wichtigste Steuerelement sein. Gegenstand unserer Diskussionen über menschenwürdige und gute Gesundheitsversorgung darf nicht sein, womit kann ich am meisten verdienen oder wie kann ich meine Kosten am besten reduzieren. Gegen-

stand unserer Diskussionen, auch weltweit, muss sein, was der Mensch für eine gute Gesundheitsversorgung braucht, wie kann ihm am besten dabei geholfen werden und wie

Gesundheit als öffentliches Gut, heißt das, dass Marktgesetze nicht dominant werden dürfen?

können die notwendigen Ressourcen organisiert werden. Denn dass die Ressourcen da sind, das wissen wir, sie müssen nur anders verteilt werden.

Wir als Gewerkschaften stellen nicht nur Forderungen gegenüber den einzelnen Regierungen, sondern wir versuchen auch mit internationalen Organisationen, an denen

wir beteiligt sind, weltweite, solidarische Sozialsysteme durchzusetzen. Unsere tägliche Auseinandersetzung ist nicht nur im Betrieb. Wir müssen die Verteilungsaueinandersetzungen auch dafür nutzen Gesundheit als öffentliches Gut weiter lebendig zu halten, das Niveau zu verbessern und weltweit durchzusetzen. ■

Es geht um Recht, nicht um Barmherzigkeit

Prof. Dr. Lawrence Gostin, Georgetown-University,
Washington

Ich werde über eine soziale Bewegung von unten sprechen, die „Joint Learning Initiative on National and Global Responsibility for Health“. Wir haben uns gegründet, weil vermeidbare Krankheiten im subsaharischen Afrika, auf dem indischen Subkontinent und in anderen verarmten Regionen der Welt rasant zunehmen. Jedes Jahr sterben 8 Millionen Kinder vor ihrem 5. Lebensjahr. Viele – wenn nicht die meisten – Ursachen für solch einen frühen Tod sind vermeidbar. Vermeidbares Leiden, das all diese Leben auslöscht. Aus diesem Grund wollen wir einen übergreifenden, gemeinsamen Rahmen schaffen, um zusammen Verantwortung für Gesundheit zu übernehmen. Ein Rahmenabkommen, das über die Millennium-Entwicklungsziele hinausgeht; das soll das nächste große Projekt der Weltgemeinschaft werden.



Die Initiative versucht einen internationalen Konsens zu schaffen, mit dem Ziel innovative Lösungen für die vier zentralen, die Zukunft prägenden Probleme zu erarbeiten :

- Welche Gesundheitsleistungen und Güter sollten im Sinne des Menschenrechts auf Gesundheit jedem Mensch zustehen?

- Was sind, gemäß dem Menschenrecht auf Gesundheit, die Pflichten des Staates gegenüber seinen Bürgern?
- Welche Verpflichtungen haben alle Staaten, insbesondere die reichen Industrieländer, im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und Verantwortung, gegenüber den Armen der Welt?
- Wie können wir eine neue globale Gesundheitsarchitektur schaffen, um Gesundheit als Teil sozialer Gerechtigkeit zu verbessern?

Globale Gesundheit ist keine Frage von Hilfe, von absolut ungleichen, auf Abhängigkeit basierenden Beziehungen. Es muss dagegen um eine globale Kooperation gehen, die eine gemeinsame Bereitschaft verlangt, Risiken zu teilen und Grundrechte zu sichern. Alle Staaten haben gegenseitige Verantwortung. Wenn Hilfe nur aus Barmherzigkeit geleistet wird, bedeutet dies, dass finanzielle Hilfe vom guten Willen der Geber abhängig ist, seien es die USA, die EU oder die Gates-Foundation. Die Geber entscheiden dann, wie viel, wofür und an wen gegeben wird. Damit ist die Hilfe weder vorhersehbar noch nachhaltig. Und sie unterminiert die Verantwortlichkeit armer Länder, für die Gesundheit ihrer eigenen Bevölkerung zu sorgen. Ein internationaler Beitrag zur Weltgesundheit muss durch internationale Gesetzgebung – auf Basis der Menschenrechte, globaler sozialer Gerechtigkeit und Solidarität – festgelegt werden. Der Beitrag der Staaten ist eine Frage der Gerechtigkeit. Doch die Länder mit hohem Einkommen sind weit davon entfernt, ihr Versprechen von 1970 einzuhalten, 0,7 % ihres Brutto-sozialproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben. Vier Jahrzehnte später belaufen sich ihre Beiträge auf weniger als die Hälfte, sie

Ein internationaler Beitrag zur Weltgesundheit muss durch internationale Gesetzgebung – auf Basis der Menschenrechte – festgelegt werden.

liegen bei 0,31 %. Es wird zentral sein, innovative Wege zu finden sowie adäquate und dauerhafte Finanzierungen zu gewährleisten, um die armen Länder in die Lage zu versetzen, ihre Verpflichtung, die Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen, selbst wahrnehmen zu können.

Wir hatten heute Morgen im Bundestag ein sehr wichtiges Treffen, bei dem wir diskutierten, dass es nicht nur darum geht wie viel Geld gegeben wird, sondern darum, dass die vorhandenen Mittel effektiv eingesetzt werden, um die Gesundheit der Weltbevölkerung wirklich zu verbessern. Es gibt jedoch fundamentale Probleme, die schwerwiegendsten unter ihnen sind

Fragmentierung, Duplizierung und auch Konfusion unter den verschiedenen globalen Hilfsorganisationen. Kürzlich luden wir afrikanische Gesundheitsminister an die Universität von Oxford ein und baten sie offen zu sprechen, da

keine Vertreter von G8-Staaten oder internationalen Institutionen im Raum waren. Sie berichteten von ihrer Verzweiflung. Sie hatten keine ausreichenden Informationen über die internationalen Programme in ihren Ländern und haben deshalb keine Möglichkeit zu planen. Die Situation sei geprägt von totaler Zersplitterung, Durcheinander und einer Menge Bürokratie, die internationale Organisationen anrichteten.

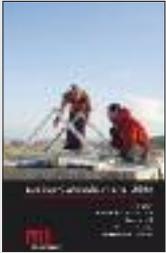
Die Joint Learning Initiative verspricht dagegen eine Bewegung von unten zu entwickeln, ähnlich der Bewegung gegen Landminen oder der Kampagne gegen Aids. Die globale Zivilgesellschaft begreift, dass nur ein breites Verständnis von Gesundheit dem Recht auf Gesundheit und soziale Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen kann. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

wir können Ihnen hier nur eine Auswahl unserer jüngsten Veröffentlichungen und Materialien zu aktuellen Kampagnen (u.a. Filme, CD-ROMs, Unterschriftenlisten) präsentieren, eine Gesamtübersicht können Sie bei uns anfordern oder finden Sie auf www.medico.de. Zum Nachlesen und Weiterverteilen, für die Bildungsarbeit, zum Auslegen im Laden nebenan. Übrigens: Unsere Materialien schicken wir Ihnen kostenlos, es sei denn, ein Preis ist vermerkt.

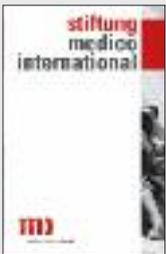
Für Nachfragen stehen wir Ihnen unter Tel. (069) 944 38-0 gerne zur Verfügung.

medico im Überblick



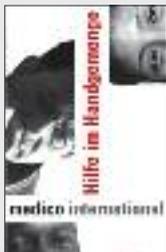
NEU: Jahresbericht 2009

(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Hilfe im Handgemenge

(Faltblatt) Solidarität heißt Partnerschaft: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Mali, Guatemala, Israel & Palästina, Bangladesch. Auch zum Weiterverteilen.

Materialien zu medico-Kampagnen



Die Saat des Krieges

Landminen: Kampagne & Projekte

(8 S., Zeitung) Mit Texten zu Streumunition und vielen Aktionsangeboten zum 10-jährigen Jubiläum der Verleihung des Friedensnobelpreises.



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakat, DIN A1)

Neue medico-Plakate im Praxistest: für Gesundheitszentren, beim Arzt ihres Vertrauens oder an anderen öffentlichen wie privaten Orten. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten

sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Gesundheit**.

medico rundschreiben

Nummer 01 | 10:

Haiti: Weltmeister im Überleben, Südafrika im Vorfeld der WM, Berichte und Reportagen u.a. aus Mali, Sri Lanka und El Salvador

Nummer 02 | 10:

medico-Stiftungssymposium, Migration: Malische Menschenrechtler besuchen das Lager Möhlau, Berichte und Reportagen u.a. aus Haiti, Israel und Palästina

medico-Infoblätter

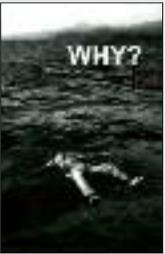
**NEU: medico-Partner im Überblick**

(Faltblätter, 4 S.) **Simbabwe:** Die Community Working Group on Health streitet für das Recht auf Gesundheit für Alle • **Libanon:** Der medico-Partner Hellem berät in allen Fragen zu psychosozialer und sexueller Gewalt • **Gesundheit:** Drei Akteure aus Brasilien, dem Libanon und Südafrika berichten von ihren Erfahrungen im Kampf gegen Aids.

medico-Position

**Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung**

(24 S.) Positionspapier von Pro Asyl und medico international zu Ursachen von Migration und Flucht, Kritik an der EU-Migrationspolitik sowie Forderungen für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik.

**WHY? – Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas (Plakat, DIN A1)**

Das Plakat WHY? können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unverseht bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. Spendenstichwort: **Migration**.

medico-report

**medico-report 27
Patienten, Patente und Profite
Globale Gesundheit und geistiges Eigentum**

(152 S.) Internationale Experten hinterfragen das bestehende weltweite Patentsystem und präsentieren innovative Ideen für eine alternative Medikamentenpolitik, die den Zugang zu einer elementaren Versorgung sichert. 12 €.

Ich bestelle:

- Jahresbericht 2009
- Broschüre: stiftung medico international
- Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
- Zeitung: Die Saat des Krieges
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Sri Lanka
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Afghanistan
- medico-Praxis-Plakat DIN A1: Simbabwe
- medico rundschreiben 01 | 10
- medico rundschreiben 02 | 10
- medico-Infoblatt: Simbabwe
- medico-Infoblatt: Libanon
- medico-Infoblatt: Gesundheit
- Broschüre: Migration und Flüchtlingsschutz
- DIN A1-Plakat: WHY?
- medico-report 27 – 12 €

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- ggn. Rechnung (zzgl. 2 € Versand) bezahlen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02

Spendeninformation

Adressänderung

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendernummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermög-

lichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

impresum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp

Korrektorat: Marek Art

Gestaltung: Andrea Schuldt





Der auf Seite 15 erwähnte Dokumentarfilm „La Isla“ über die Geschichte des Polizeiarchivs und die Aufarbeitung der staatlichen Verbrechen in Guatemala läuft an folgenden Orten:

Aufführungstermine des Dokumentarfilms „La Isla“

Witzenhausen: 27.10. bis 03.11.2010

Regisseur anwesend am 27.10.

Kassel: 28.10.2010 – www.filmladen.de

Regisseur anwesend

Giessen: 29.10.2010 im Rahmen der Globale Mittelhessen

www.jokus-giessen.de – Regisseur anwesend

Marburg: 30.10. 2010 im Rahmen der Globale Mittelhessen

www.cineplex.de/kino/home/city32/

Regisseur anwesend

Frankfurt: 28.10. bis 03.11. 2010, Mal seh'n Kino

www.malsehnikino.de – Regisseur anwesend

Hamburg: 02.11. 2010, Werkstatt 3, Lateinamerika-Tage

www.werkstatt3.de – Regisseur anwesend

Leipzig: 25.11.2010 – www.cinematheque-leipzig.de

Regisseur anwesend

Weitere Termine unter www.iskacine.com



„Wenn es Ihrem Verteidigungsminister gefällt, Bilder zu inszenieren, müssen Sie über Ihren Minister nachdenken und urteilen, nicht über das Bild. Wenn er zu der Art Politiker gehört, die inszenierte Bilder lieben, heißt das vielleicht, dass er nicht so gern die Wahrheit sagt. Er schätzt die Inszenierung, seine Politik wird zum Theater. Wenn sich Ihr Verteidigungsminister nicht sicher ist, was er ist, dann gefällt es ihm zu inszenieren, was er nicht ist. Jeder muss selbst wissen, wie er aussehen will.“

Der italienische Fotograf Oliviero Toscani in der Süddeutschen Zeitung vom 02.09.2010 auf die Frage, wie er die „ungewöhnlich inszenierten“ (SZ) Pressebilder vom Auftritt des deutschen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg in Afghanistan sieht. Toscani wurde in den 1980er und 1990er Jahren durch provokative Fotokampagnen bekannt, in denen er mit ölverschmierten Vögeln, mit einem sterbenden Aids-Kranken oder dem blutigen Hemd mit Einschussloch eines in Bosnien getöteten Soldaten für einen italienischen Modekonzern warb.